

LUMMER-SENAT VERHINDERT POLITISCHE LÖSUNG

Politische Lösung 1. Phase 23.2.83
Druckelmannstr. 43, II, Hinterhaus
7000 Berlin 13



Am Beispiel
der NEUE HEIMAT-Häuser

Maaßenstr. 11/13 und Frobenstr. 10 geräumt, wozu jetzt noch Konzepte?

Diese Broschüre wurde in sehr kurzer Zeit zusammengestellt und besteht aus sehr vielen Beiträgen von vielen unterschiedlichen Gruppen. Der unterschiedliche Stil zeigt die Vielfalt unserer Meinungen und Vorstellungen. Allen gemeinsam ist jedoch der Wille, die für jeden sichtbaren Mißstände und Fehlplanungen zumindestens in unserem konkreten Bereich, der Sanierungspolitik, zu beenden. Durch die Räumung der Maaßen- und Frobenstr. wurden die Verhandlungen torpediert. Völlig unmöglich sind Vertragsabschlüsse, wenn die drei Häuser nicht an uns zurückgegeben werden. Unser gemeinsamer Wille zu einer friedlichen Lösung ist sehr groß, wir sind jedoch an einem Punkt angelangt, wo wir meinen, unseren Teil dazu beigetragen zu haben. Wir erwarten jetzt klare Aussagen der politisch Verantwortlichen, es gibt keinen Frieden um jeden Preis. Mit dem Abbruch der Verhandlungen, der Weigerung Verträge zu unterschreiben, sind die Häuser zur Räumung freigegeben. Uns fällt dieser Schritt schwer, da wir mit der Zukunft in diesen Häusern viele Hoffnungen verbunden hatten. Wir hätten nicht ständig mit Räumung rechnen müssen und unsere Energie auch für andere politische Bereiche außer dem Häuserkampf einsetzen können. Wir hätten die Möglichkeit gehabt, unsere Konzepte einer anderen Altbau-sanierung nicht nur ansatzweise zu realisieren. Bevor die nächsten NH-Häuser im Dezember 82 und die letzten im August 83 geräumt werden, wollten wir mit dieser Broschüre am Beispiel jedes Hauses zeigen, wie wir in diesen Häusern leben wollten, wie die friedliche Lösung hätte aussehen können, und wie sie verhindert wurde (s. Maaßenstr. 11 u. 13; Chronologie der Verhandlungen). Am Beispiel der Winterfeldtstr. 36 wird deutlich, daß Lösungsansätze, die wir aufgezeigt haben, sehr wohl im Bereich des politisch machbaren von Senatseite aus, liegen.

Zur Situation der besetzten NH-Häuser in
Schöneberg/Charlottenburg:
Stand 26.11.82

1. Es gibt einen Räumungsstopp der NH auf Druck des DGB für alle ihre Häuser für die Zeit in der konstruktiv über sie verhandelt wird. Dieser Räumungsstopp trug dazu bei, daß 8 Häuser, die nach der 'Berliner Linie' räumungsreif sind, zwischen zwölf und zwei Monaten vor der Räumung geschützt wurden. Die NH wird in den nächsten Tagen für 22 Häuser Erbbauverträge anbieten, mit der Ablehnung ist der Räumungsstopp aufgehoben und die 8 Häuser sind zur Räumung freigegeben. 2. Da alle Häuser im Sanierungsgebiet liegen, und der Senat alle Zins- und Bewirtschaftungskosten zahlt, die durch das Verhandeln entstehen, (juristisch wäre die NH zu Schadensersatz verpflichtet, wenn sie keinen Strafantrag stellt, weil sie damit die Kosten verursacht) mußte der Senat dem Verhandeln zustimmen. Er hat dies im April getan und trägt die Kosten, jedoch nur bis zum 31.12.82, danach müßte die NH alles selbst zahlen. Dieses hat er der NH schon im September geschrieben. Diepgen hat es letzte Woch wiederholt. Im Klartext: bis 31.12.81 ist bei der NH legalisiert oder es werden 8 Häuser geräumt, die anderen folgen bis ca. August 83. Das würde bedeuten, daß in Charlottenburg kein Haus und in Schöneberg nur noch ganz wenige besetzt sind, was auch dem Wunsch der CDU dort entspricht. (in Charlottenburg hat sie allein die Mehrheit, in Schöneberg mit der FDP zusammen in der BVV, im Bezirksamt aber nicht).

3. Schöneberg: Bezirksamt (SPD+AL) und BVV (SPD +AL+PDP) haben beschlossen, daß die Besetzer, auch Maaßen 11+13, legalisiert werden sollen. Der Beschluß von Kunkel und Rabus (CDU) ist jedoch damit nicht aufgehoben, sondern solange wirksam, bis Rastemborski endgültig entscheidet. In der Zwischenzeit darf der Bezirk abreißen (tut er schon) und muß die NH lt. Sanierungsvertrag anfangen zu modernisieren (tut sie auch). Auch der DGB ist bei den riesigen Verlusten der NH nicht bereit, die NH zu etwas zu zwingen (z.B. Widerspruch; nicht bauen) das sie Geld kosten könne.

Der Senat hofft also, daß durch die Rechtslage in der Zwischenzeit Fakten entstehen, die ihm die Entscheidung abnehmen, und die er dann noch der NH in die Schule schieben kann (tut er schon), öffentlich hat er aber gesagt, auch dort kann die NH Erbbauverträge machen, nur keine Zwischennutzungsverträge.

Andere Häuser: Potsdamerstr. 130, 157 u. 159 sind schon räumungsreif, stören aber sicher nicht so, während Steinmetzstr. 21 und Winterfeldtstr. 38 mitten in fertig sanierten Gebieten liegen, und angeblich "Fluchtburgen" sind, genau wie Dennewitz 24a. Dort dürfte die Gefahr momentan am größten sein, da es im Senat Absprachen gibt, möglicherweise bei der nächsten Durchsichtung zu räumen. Ebenfalls "schlimme Fluchtburgen" sind Bülow 54 und 55, damit kann die NH aber im Moment nichts anfangen, die Planung ist noch nicht abgeschlossen.

4. Charlottenburg: Nächstes Haus und herausragende "Fluchtburg" ist die Knobelsdorffstr. 46, während die noch (bereits seit einem Jahr) räumungsreife Christstr. 42 eher ein Musterhaus sein soll. Die weitere "Fluchtburg" Danckelmannstr. 44 (wegen Infoladen 11.6.) nimmt sicher sowieso keiner als solche ernst, mit ihr könnte die NH auch zunächst nichts anfangen. Der Schul- und Spielblockplanung sollen noch mindestens 7 Hinterhäuser zum Opfer fallen.

5. Perspektiven: Als erste Voraussetzung, das Gespräche wieder möglich werden,

muß die NH auch für die schon geräumten Häuser ihrerseits Erbbauverträge mit anbieten und den Senat auffordern, hierzu seine Zustimmung nach §15 StBauFG zu geben. Diese Entscheidung liegt jetzt allein beim Bausenat, nachdem im Bezirksamt die Pattsituation entstanden war.

Um endlich Klarheit zu haben, muß auch für die übrigen 22 Häuser diese Zustimmung schnellstmöglich bei den Bezirksämtern bzw., wenn dort nicht möglich, im Bausenat erteilt werden.

Dieses entspricht im übrigen, nur der von Senator Rastemborski am 21.10.82 in einer Pressemitteilung erklärten Zustimmung zu den 26 Erbbauverträgen. Ohne eine Bestätigung dieser damaligen Erklärung ist eine Wiederherstellung der gemeinschaftlichen Geschäftsgrundlage nicht möglich.

Eventuell dort in den Häusern zwischenzeitlich entstandene Schäden sind im Rahmen der dort ohnehin geplanten Sanierung nach dem Modernisierungsvertrag für Selbsthilfegruppen wiedergutzumachen. Weitere Voraussetzung für eine Lösung ist, daß

bezüglich der Höhe des Erbbauzinses die von Herrn Rastemborski am 22.10.82 in einer Pressekonferenz gemachte Zusage eingehalten wird, wonach die Gesamtbelastung (Erbbauzins und Betriebskosten) nicht höher als die gesetzlich zulässige Altbau-miete sein kann. Diese Belastung zu übernehmen besteht von allen Häusern die Bereitschaft, da kann Herr Lummer behaupten was er will.

Es kommt aber für uns nicht in Frage, daß über eine fragwürdige Verkehrswertermittlung die Bewohner genauso viel zahlen sollen, als wären die Häuser luxurmodernisiert worden. Genau das soll ja bekanntlich verhindert werden. Für den Fall, daß die Häuser nicht zurückgegeben werden, haben sich alle derzeit noch besetzten NH-Häuser für eine Zukunft ohne Verträge entschieden, d.h. 8 davon unter Umständen auch für eine sofortige Räumung. Das bedeutet, daß mit dem Wortbruch des Senats vom 1.11.82 ein klarer Schlußstrich unter das Kapitel "Verhandlungen um eine friedliche Lösung für die NH-Häuser" gezogen wurde, indem unter einem Vorwand Häuser geräumt wurden, deren Vertrag schon zugestimmt wurde und zu deren Unterschrift lediglich die von den Bezirksamtern zu ermittelnden Verkehrswerte fehlten. Warum, das läßt sich nur vermuten: Entweder setzt sich in der CDU jetzt doch eine "Ghetto-Politik" durch, die Besetzer oder ehemalige Besetzer nur als "schwer integrierbar" ansieht und nur in Kreuzberg haben will, nicht jedoch in den Mustersanierungsgebieten, oder aber man ist erneut darauf gekommen, daß sich die mit DGB und SPD verquickte NH als Räumungsvorreiter genau wie letztes Jahr sehr gut eignen würde. Mit den Privateigentümern, die ja eh zur CDU-Klientel gehören, kunkelt man da schon großzügigere Lösungen aus und auf die städtischen Wohnungsbaugesellschaften hat man ja eh direkt Einfluß.

Impressum

V.i.S.d.P.

Beutel, Latzel, Unverzagt
Christstr. 42
1 Berlin 19

© Heidje Beutel
c/o Verein zur Erhaltung
und Verbesserung billigen
Wohnraums e.V.
Christstr. 42, 1 Berlin 19
Kto. 2751 70-109
Pöschel Berlin-West

Subkulturelle Themenbibliothek
im KuKuCK



Anhalter Str. 7 · 1000 Berlin 61

Inhalt

	Seite
Maaßenstr. 11+13 und Frobenstr. 10 geräumt, wozu noch Konzepte?	1,2
Chronologie der Verhandlungen	3
Brief an den regierenden Bürgermeister	4
Wohnen zum Nulltarif?	5
SANIERUNGSGEBIET CHARLOTTENBURG/KLAUSENER PLATZ	6
Block 128, Danckelmannstr. 43	7
Danckelmannstr. 44 und 45	8
Zur Situation im Block 129	9
Sophie-Charlottenstr. 81, Knobelsdorffstr. 46	10
Christstr. 42	11
Nehringstr. 34/Neufertstr. 13 und Neufertstr. 11	12
Außerhalb der Sanierungsgebiete (Schultheißbrauerei, Fichtestr. 29, An der Rehwiese 4)	13
SANIERUNGSGEBIET SCHÖNEBERG	14
Winterfeldtstr. 36	15
Frobenstr. 10; ASOG §14	16
Maaßenstr. 13	17/18
Maaßenstr. 11	18
Winterfeldtstr. 38	19
Bülowstr. 52	20
Bülowstr. 55	21
Bülowstr. 54	22
Pohlstr. 61	23
Potsdamerstr. 130, Goebenstr. 8, Steinmetzstr. 21	24
Dennewitzstr. 24a, Potsdamerstr. 157/159	25
Blumenthalstr. 13, 14, 15	26

Chronologie der Verhandlungen

- Jan.82 Beschluß des Berliner Gesamtbesetzerrates Verhandlungen zu dulden, wenn der Abschluß von Verträgen an zwei Bedingungen geknüpft wird: Freilassung der inhaftierten Besetzer und Räumungsstopp für alle Häuser
- 2.2. Erstes Treffen der Verhandler-AG der NH-Häuser
- 2.3. Offener Brief an DGB und NH mit der Aufforderung zu Verhandlungen
- März/ Ausarbeitung unserer Modellvorstellungen
- April "Trägermodell"
- 22.4. Vorstellung des Trägermodells auf einer wohnungspolitischen Tagung des DGB in Berlin
Erklärung des DGB, daß er NH und Besetzer an den Verhandlungstisch bringen will und daß für die Dauer der Verhandlungen kein Haus geräumt werde
- 9.5. Vollversammlung der NH-Besetzer beschließt über Verhandlungsmodus und -grundlagen; Forderung der Besetzer als Solidaritätsgemeinschaft anerkannt zu werden, gleichartige Verträge sollen für alle 26 Häuser abgeschlossen werden.
- 13.5. Erste Verhandlung in der Christstr.42 über politische Grundlagen einer friedlichen Lösung (s. Beschluß des Gesamtbesetzerrates) zwischen NH-Vertretern und einer fünfköpfigen Verhandlungsdelegation
- 16.5. Der Berliner DGB-Vorsitzende Pagels setzt sich auf dem DGB-Bundeskongreß für einen allgemeinen Räumungsstopp in Berlin ein.
- 17.5. Räumung des Hauses Fränkelufer 30
- 15.7. Vorschlag der Besetzer auf der Grundlage einer Erklärung von NH-Vorstandsmitglied Frister weiter zu verhandeln. In dieser Erklärung nennt Frister Bedingungen für die Übergabe aller 29 Häuser. Nach Vermittlung des DGB willigt die NH ein.
- 21.7. NH nennt unklare Punkte für die Weiterarbeit am Vertragsvorschlag der Besetzer und fordert vertragsfähige Partner, die sich an einer Zwischenlösung beteiligen.
Daraufhin:
- 29.7. Gründung des Vereins zur Förderung Selbstverwalteten Wohnens (FSW) der sich bereiterklärt die Zwischenträgerschaft zu übernehmen und binnen zwei Wochen 60.000 DM beschafft, die als Bürgschaft der NH zur Sicherheit dienen sollen.
- 9.8. Die NH legt einen Vertragsentwurf vor, der völlig unannehmbar bis provokative Forderungen enthält; gleichzeitig setzt sie ein Räumungsultimatum zum 9.9. fest.
In den 4 Wochen kann keine endgültige Übereinstimmung erzielt werden.
- 10.10. Die NH verlängert unter dem Druck der Einzelgewerkschaften den Verhandlungszeitraum um 4 Wochen.
Erklärung des Senats, nur endgültige Lösungen zu akzeptieren. Besetzer sind bereit zum sofortigen Abschluß von Erbbauverträgen für alle 26 Häuser
- 21.10. Gespräch zwischen NH, DGB, Finanzsenator und Bausenator: Bausen. hat keine Einwände gegen Vertragsabschluß, NH verpflichtet sich, den Besetzern sofort derartige Verträge anzubieten.
- 1.11. Räumung der NH-Häuser Maaßenstr. 11+13 von der Polizei mit einer nachträglich nicht aufrechtzuerhaltenden Begründung.
- 3.11. Gespräch zwischen Netzbau, NH, Vertretern der Besetzer und Bausenator. Rastemborski erklärt die ausgehandelte Zwischenlösung (Schlüsselrückgabe an die Besetzer, sofortiger Abschluß eines Vertrages für die beiden Häuser und binnen zwei Monaten Verträge für die übrigen 24) nicht mit dem Innensenator abstimmen zu müssen.
- 4.11. Netzbau und NH einigen sich auf einen unterschriftsreifen Vertrag, der erhebliche Zugeständnisse von Besetzerseite an die NH und die Planungen des Bausenators umfaßt. NH verpflichtet sich, diesen Vertrag umgehend an den Bausen. weiterzuleiten. Der Vertrag erreicht ihn allerdings erst nachmittags, gleichzeitig erwarten die Besetzer bis 17.00h eine Entscheidung, die dann ausbleibt.
Am Vormittag hat Innensenator Lummer erklärt, diese Lösung sei ein "Schlag gegen seinen Kopf".
- 5.11. Rastemborski teilt der Öffentlichkeit mit, daß er nicht bereit sei, einer Vertragslösung zwischen NH und Netzbau/FSW zuzustimmen; diese Erklärung wurde begründet mit "seuchenhygienischen" und bauordnungsrechtlichen Gesichtspunkten, die eine Lösung verhindert hätten.
- 9.11. Baustadtrat Kunkel stellt der NH einen sie bindenden Bescheid zu, der besagt, daß er nicht nur Nutzungsverträgen für die Maaßen-Häuser ablehnt, sondern generell keiner Vertragslösung zustimmen wird. Diese Entscheidung nun wird mit der mangelhaften Integrierbarkeit der Besetzer und der Belastung, die diese für die Sozialstruktur des San.-gebietes darstellen, begründet.

Brief an den Regierenden Bürgermeister von Berlin

NETZBAU Stadtentwicklungsgesellschaft mbH
Verein zur Förderung selbstverwalteten Wohnens (FSW)
Kiezträger S.H.I.K. Selbstverwaltete Häuser in Kreuzberg e.G. i.G.

Berlin, den 5.11.82

An den
Regierenden Bürgermeister von Berlin
Herrn Richard von Weizsäcker
Rathaus Schöneberg
John-F.-Kennedy-Platz
1000 Berlin 62

Betr.: Räumung der Maaßenstr. 11 und 13
und Ihr Schreiben vom 2.11. an Gert Behrens, NETZBAU

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister,

Im Verlauf dieses Jahres wurden eine Reihe von Häusern geräumt, ohne daß die Möglichkeiten zu einer friedlichen Lösung wirklich ausgeschöpft wurden.

Mit den Räumungen Pflügerstraße 12/Reuterstraße 41/42 am 21.10 wurde ein in der Substanz sehr gutes Gebäude zerstört, mit der gleichzeitigen Räumung der Reuterstr. 45 die sofort mögliche Vereinbarung von Mietverträgen verhindert. 90 Menschen wurden mit einem Schlag obdachlos.

Mit den Räumungen der Maaßenstr. 11 und 13 sind Sie noch einen Schritt weiter gegangen und ließen eine im Prinzip fertige und bereits öffentlich verkündete Lösung in Form von Erbbaurechtsübernahmen durch polizeilichen Großeinsatz zunichte machen. Damit wurde den laufenden Verhandlungen jeglicher Sinn genommen.

Die Gründe, die Sie in Ihrer Pressemitteilung vom 2.11. für die Räumungen angeben, müssen wir ebenso wie die Erklärung von Innensenator Lummer als sehr fadenscheinig ansehen. Die "Delikte", die den Besetzern zur Last gelegt werden, sind so geringfügig, daß wir absolut nicht verstehen können, warum zu ihrer Ahndung die üblichen Rechtsinstrumente der Strafverfolgung nicht ausreichen sollten. Hinzu kommt, daß von betroffenen Besetzern vermutet wird, daß diese "Delikte" (Körperverletzung und Diebstahl von DM 50.--) von einem Agent provocateur gezielt inszeniert wurden, um einen Räumungsvorwand zu finden. Unabhängig davon, ob dies zutrifft oder nicht, wurde die Verhältnismäßigkeit der Mittel in keiner Weise gewahrt. In der mit großem polizeilichen Aufwand betriebenen Anwendung des § 14 ASOG bei geringfügigem Anlaß sehen wir eine gefährliche Aushöhlung der Rechtsstaatlichkeit, zumal dann, wenn der Innensenator beabsichtigt, dieses Instrument systematisch für Räumungen einzusetzen.

Unsere Bemühungen, die Häuser Maaßenstr. 11 und 13 trotz der Räumungen wieder in die Verhandlungen einzubeziehen, haben Sie und Ihre Parteifreunde gestern endgültig zum Scheitern gebracht. Wir schließen daraus, daß Sie, Herr Regierender Bürgermeister, an einer friedlichen Lösung nicht länger interessiert sind. Sie haben dem Verein zur Förderung selbstverwalteten Wohnens jegliche Verhandlungsgrundlage entzogen, da das Vertrauen der Besetzer in eine friedliche Lösung durch diese Polizeifaktion zerstört wurde.

Der Verein FSW sieht sich durch Sie gezwungen, seine Vermittlerstätigkeit einzustellen. Gleichzeitig müssen auch die Netzbau GmbH und die Genossenschaft S.H.I.K. - "Kiezträger Selbstverwaltete Häuser in Kreuzberg" ihre Verhandlungen einstellen, zumal sie jederzeit einem ähnlichen Coup ausgesetzt sein können.

Wir haben in den vergangenen Monaten viele Zugeständnisse gemacht, doch die Grenze, wo wir unsere politische Glaubwürdigkeit verlieren, ist erreicht.

Wir sind uns klar darüber, daß ein Abbruch der Verhandlungen die Stadt auf den politischen Stand von vor einem Jahr zurückwirft. Es liegt an Ihnen, die Lösung des Hausbesetzerproblems am Verhandlungstisch oder auf der Straße zu suchen. Beides gleichzeitig geht nicht! Noch können und wollen wir nicht ganz glauben, daß die 50-jährige Wiederkehr der Machtergreifung mit ständigen Großeinsätzen der Polizei begangen werden soll. Von unserer Seite bleiben die Verhandlungen solange eingestellt, bis ein eindeutig positives Zeichen Ihrerseits erfolgt.

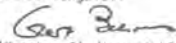
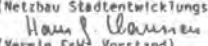
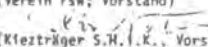
Unsere Bedingungen haben wir mehrfach öffentlich bekannt gemacht. Sie sind nach wie vor:

1. Sofortige Übergabe der Häuser Maaßenstr. 11 und 13 an den Verein FSW beziehungsweise an Netzbau

2. sofortige Einberufung einer Friedensrunde unter Einbeziehung aller gesellschaftlich wichtigen Kräfte, insbesondere auch derer, die sich für eine friedliche Lösung der Probleme einsetzen.

Ihre "Würdigung" unserer "Absichten" und unseres "Einsatzes" empfinden wir angesichts Ihrer Maßnahmen, die die Verhandlungen unmöglich machen, als unglaublich.

Hochachtungsvoll


(Netzbau Stadtentwicklungsgesellschaft mbH, Geschäftsführer)

(Verein FSW, Vorstand)

(Kiezträger S.H.I.K., Vorstand)

Durchschriften erhielten:

Hans-Jochen Vogel	SPD-Fraktion
Michael Pagels	DGB-Landesvorstand
Jürgen Kunze	FDP-Landesvorstand
Eberhard Diepgen	CDU-Fraktion
Manfred Rabbatsch	AL-Fraktion
Erich Frister	MH-Vorstand
Werner Orłowski	Bezirksamt Kreuzberg
Landesbischof Dr. Martin Kruse	
Peter Hardin	Sonderkommission der BVV Kreuzberg

Wohnen zum Nulltarif ?

Wer hat diesen Spruch über Instandbesetzer noch nicht gehört? Umsonst wohnen, nichts arbeiten, Geld vom Sozialamt...? Und dann wollen die Besetzer die Häuser noch vom Staat geschenkt haben und werden so zu neuen Großgrundbesitzern! Das behauptet z.B. Günter Elsner, Kreuzberger Abgeordneter der CDU. "Netzbau", "FSW", "BASIS", "Shik" (siehe unten) - kuriose Trägerkonstruktionen, um denen, die "am lautesten schreien" (so Elsner), den Rachen mit Steuergeldern zu stopfen? So und ähnlich liest der Berliner, die Berlinerinnen jede Woche in der Morgenpost. Das einzige, was an Springers, Elsners oder Lammers Verleumdungen richtig ist, ist, daß sie sich mit unseren Vorschlägen und denen der Unterstützer beschäftigen. Wer über die Mauer, deutsche Grenzen gar, hinaus blickt, der entdeckt in England, Amsterdam oder New York genau die unerhörten Dinge, die jetzt auch in Berlin eingeführt werden sollen. Sogar in den "Goldenen Zwanzigern" soll es solches gegeben haben: Selbsthilfe bei Erhalt alter Stadtquartiere und preiswerten Wohnraums, Wohnungsbau durch die späteren Bewohner und ihre Genossenschaften. Aber beschränken wir uns auf Berlin. Spätestens der 22. September 1981 öffnete uns Besetzern, Paten und vielen Mieterorganisationen die Augen. Die damals noch rund 150 besetzten Häuser würden sich besser gegen die Räumungsstrategie des CDU-Senats verweigern lassen, wenn wir uns in Organisationen für die Instandsetzung und Bewirtschaftung der Häuser in Selbsthilfe zusammenschließen würden. Beinahe ein Jahr lang wurden neben den üblichen Arbeiten an den Häusern und in den Wohnungen Genossenschaftssatzungen diskutiert, Bewohner- und Hausvereine gegründet, Finanzierungsmöglichkeiten überlegt, mit Experten gesprochen, ein Paragraphendschungel durchwühlt, einiges war bald klar: Abkaufen konnten und wollten wir die Häuser nicht. Für die völlig überhöhten Spekulationspreise können Besetzer nichts, sondern dafür ist die Wohnungspolitik verantwortlich. Nur in Ausnahmefällen war die Übernahme besetzter Häuser in Besetzers Privateigentum denkbar. Einzige Alternative: der Senat kauft auf und stellt die Häuser für Instandsetzung und Drinwohnen zur Verfügung. Eine unverschämte Forderung? Nein, ganz üblich, aber dazu später.

Mit den besetzten Häusern darf nie wieder spekuliert werden, daher Gemeinschaftseigentum an Stelle von Privateigentum. Daher die Bewohnervereine und deren Zusammenschluß in sogenannten "Trägern".

Die Träger sind nötig, um die Häuser von den Spekulanten oder Wohnungsbaugesellschaften übernehmen zu können, sie zu bewirtschaften

und ihre Instandsetzung zu organisieren. In den Trägern arbeiten etwa ein halbes Dutzend angestellte Fachleute (Architekt, Kaufmann, Jurist, Stadtplaner) von außen oder aus den Häusern. Sie entwerfen Verträge, besorgen und vergeben Förderungsgelder, regeln die Handwerkeraufträge oder koordinieren die Instandsetzungsarbeiten.

Die im Laufe eines Jahres gegründeten Träger heißen "Netzbau", "Verein zur Förderung selbstverwalteten Wohnens" (FSW), S.H.I.K. (Selbstverwaltete Häuser in Kreuzberg) usw. Ein halbes Dutzend Träger steht Dutzenden von inzwischen eingetragenen Hausvereinen gegenüber. Wenn die Häuser mal fertig sind, wohnt sich's nicht umsonst, leider. Aber wer kann das schon? Mancher dürfte dann sogar mehr zahlen als in einer Mietwohnung. Ganz abgesehen davon, daß wohl fast alle heute schon kräftig abdrücken: alte Häuser renovieren und reparieren ist teuer.

Mehrere Millionen sind die Arbeiten wert, die wir bis heute schon in den Häusern erledigten. Würden Sie als Altbaumieter 3 Mark Kaltmiete pro Quadratmeter zahlen, wenn Sie vorher ihre Wohnung zu einer bewohnbaren Behausung machen müssen?

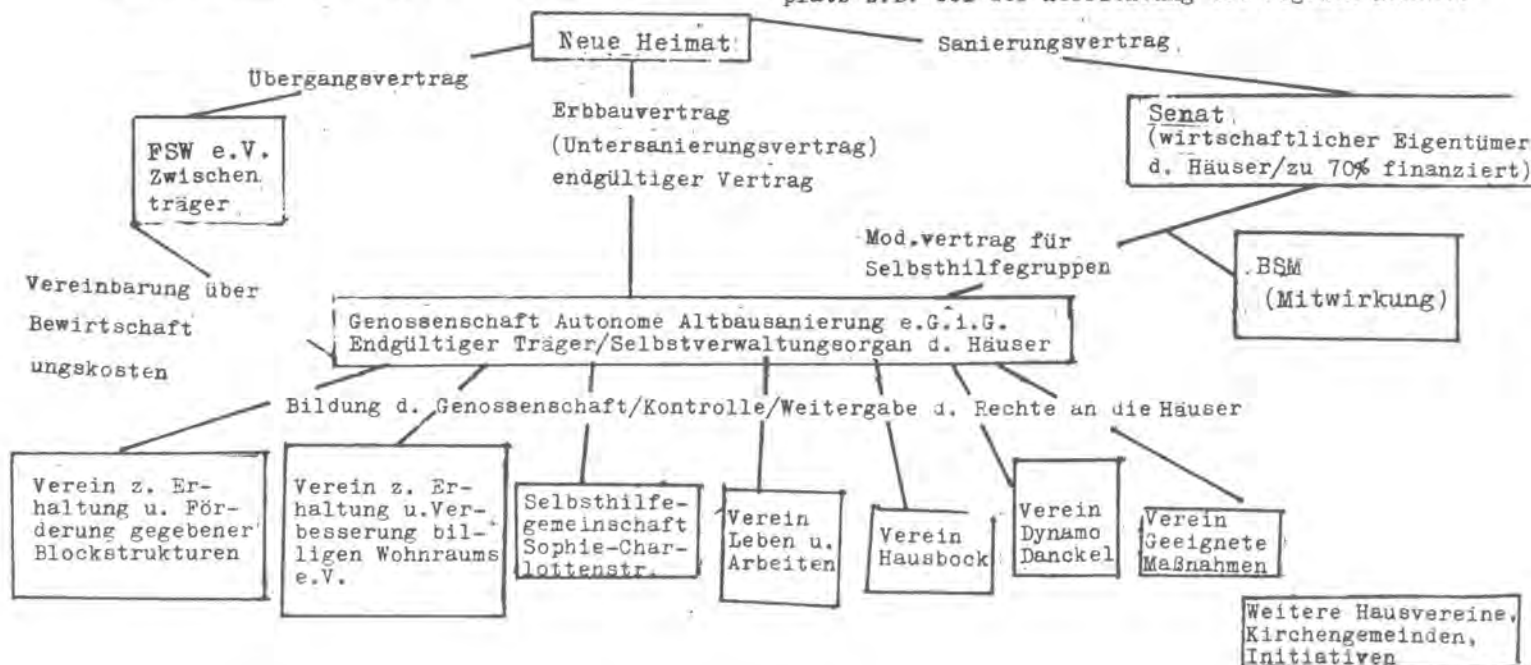
"Und was kriegen die Besetzer nun?" fragt der mißtrauische Bürger.

Gehen wir mal vom Maximum aus: das Haus ist noch gut in Schuß, das Grundstück gut vollgebaut, die Senatsbürokratie konnte sich über eine Förderung einigen und finanzierte irgendwie den Grunderwerb mit.

Dann bekommt die Selbsthilfegruppe aus Ex-Besetzern und dazukommenden Neubewohnern (vielleicht eine kinderreiche Familie oder eine Alleinerziehende Mutter, die sich nicht getraut hat mitzubewohnen) maximal 800,-DM/qm an Instandsetzungsgeldern, ein Drittel von dem, was Wohnungsbaugesellschaften an direkter Subvention erhalten. (Dafür gibt es seit diesem Jahr ein Selbsthilfe-Förderungsprogramm beim Bau-senator, das an Selbsthilfegruppen, dann auch an EX-Besetzer vergeben wird). Oft wird es an die Belastungsgrenze führen, wenn gar 30% oder mehr Eigenarbeit sich als nötig herausstellen. (Mindestens 15% der Bausumme müssen in Eigenarbeit erbracht werden.)

Und das Grundstück: Das wird vom Senat nicht verschenkt, sondern verpachtet. Erbpachtzinsen müssen gezahlt werden, deren Höhe sich nach der Grundstücksgröße und dem Verkehrswert richtet. Und am Ende sind die üblichen Gebühren für Müllabfuhr, Wasser, Versicherungen und Schornsteinfeger nicht zu vergessen. (ca. 50,-DM/Person). Alles in allem keine mühelose oder billige Angelegenheit. Warum wir das machen?

Es hat auch Vorteile: selbstbestimmtes Wohnen in selbstverwalteten Räumen, keine Vereinzelung im Massenwohnungsbau, sondern gemeinsames Leben und Arbeiten, ein auf Jahre sicheres Nutzungs-entgelt und Schutz vor Vermieterwillkür, Weißem Kreis und Eigentumsu-mwandlung. Für manchen darüberhinaus gleichzeitig Arbeits- und Ausbildungs-platz z.B. bei der Herrichtung des eigenen Hauses.



Sanierungsgebiet | Charlottenburg

Klausener Platz



Im Sanierungsgebiet Charlottenburg Klausener Platz (SCK) haben die besetzten NH-Häuser die Genossenschaft "Autonome Altbausanierung, AAS" gegründet, in der die Häuser als Hausvereine Genossen sind. Die Genossenschaft soll nicht nur die Erbbauverträge an die Häuser weitergeben, sondern auch eine Vereinigung aller im SCK tätigen Initiativen werden, die sich dort

koordinieren und gegenseitig unterstützen sollen. Daher war diskutiert, die Mieterinitiative am Klausener Platz, die Blockinitiative 128, die Blockinitiative 129, den Mieterbeirat, die Kirchengemeinden Epiphaniens und Litzensees sowie türkische Organisationen aufzunehmen. Wegen der Räumung der Maaßenstraße 11 und 13 wurde jedoch nicht weiter an der Eintragung gearbeitet.

Block 128

Zur Situation der 2.Hinterhäuser Danckelmannstr.43-45

Im Sommer 1981 haben wir die 2.Hinterhäuser der Danckelmannstr.43-45 besetzt.Diese standen seit geraumer Zeit leer und sollen im Frühjahr 1983 wegen eines Schulneubaus abgerissen werden.Doch ist dieses Projekt aus vielerlei Gründen umstritten: 1)Die Schule erweist sich als Fehlplanung,weil selbst bei Ausnutzung des gesamten Blockinnenbereiches der zur Verfügung stehende Platz für die Schüler um 50% zu gering ist. 2)Diese Schule wird nach Aussage von Professor Preuß-Lausitz/TU Berlin und Teilen der GEW den Bedürfnissen der Schüler nicht gerecht, da Grund- und Sonderschüler nicht in der Lage sind, sich in einer derartigen Mammutschule(1100 Kinder) zu orientieren. 3)Die Planung der Schule von Anfang der 70iger Jahre gilt inzwischen als überholt.Vom pädagogischen Standpunkt aus ist eine Zusammenlegung der Nehring- und Peter/Jordan-Schule zur Integration der Sonderschule in die reguläre Grundschule (Beispiel Flämingsschule) sinnvoller. 4)Obwohl jetzt ein knappes Jahrzehnt Steuergelder in die Planung der Schule verschleudert wurden,ist die Finanzierung in Ermangelung vorhandener Gelder noch immer nicht gesichert.Deshalb ist es immer noch fraglich ob und wann die Schule überhaupt gebaut wird. Das Bezirksamt hat das Problem der Finanzierung in den Haushalt 1984 verschoben.Die angespannte Haushaltslage und die durch geburtenschwache Jahrgänge sinkende Schülerzahl stellen den Bau der Schule noch immer in Frage.

Trotzdem hält der Senat an seiner rückständigen Planung fest und vernichtet wegem dem Bau einer aus heutiger Sicht nicht benötigten Schule billigen Wohnraum.Der Abriß der Nehringstr.8 ist bereits erfolgt.

Wir weigern uns,einem finanziell bisher ungeklärten und überholten Schulkonzept Wohnraum zu opfern,den wir zum Leben benötigen,in dem wir unsere Vorstellungen des "alternativen" Zusammenlebens verwirklichen können,auch wenn dieses nicht ohne Probleme funktioniert,weil es für uns auch eine neue Erfahrung ist,in einer großen Gruppe zu Leben.Die ewigen Räumungsgerüchte machen das Leben auch nicht gerade einfacher!

Danckelmannstr.43

Seit dem 1. Mai 1981 haben wir das Haus Danckelmannstr. 43, ehemaliger Besitzer war die NEUE HEIMAT, besetzt. Die Modernisierungspläne der NH sahen u.a. den Abriß der beiden Hinterhäuser und des rechten Seitenflügels mit insgesamt 56 Wohneinheiten vor. Mit unserer Instandbesetzung haben wir uns gegen diese geplante systematische Zerstörung von billigem Wohnraum gewehrt. Zum Zeitpunkt unseres Einzugs befanden sich durch jahrelange Entmietung und unterlassene Instandsetzung die Wohnungen und das Haus in einem abscheulichen Zustand. In den von uns instandbesetzten 42 Zimmern haben wir die Elektroanlagen vollständig erneuert, Türen und Fenster generalüberholt, z.T. Wandschwämme entfernt und die Wände verputzt sowie alle Öfen repariert. Die meisten der ehemaligen 1-Zimmer Wohnungen haben wir zu größeren Wohnungen zusammengelegt. Insgesamt haben wir in diesen Wohnungen 4 Bäder und 2 Duschen neu installiert. Außerdem haben wir das Dach und die Schornsteine ausgebessert.

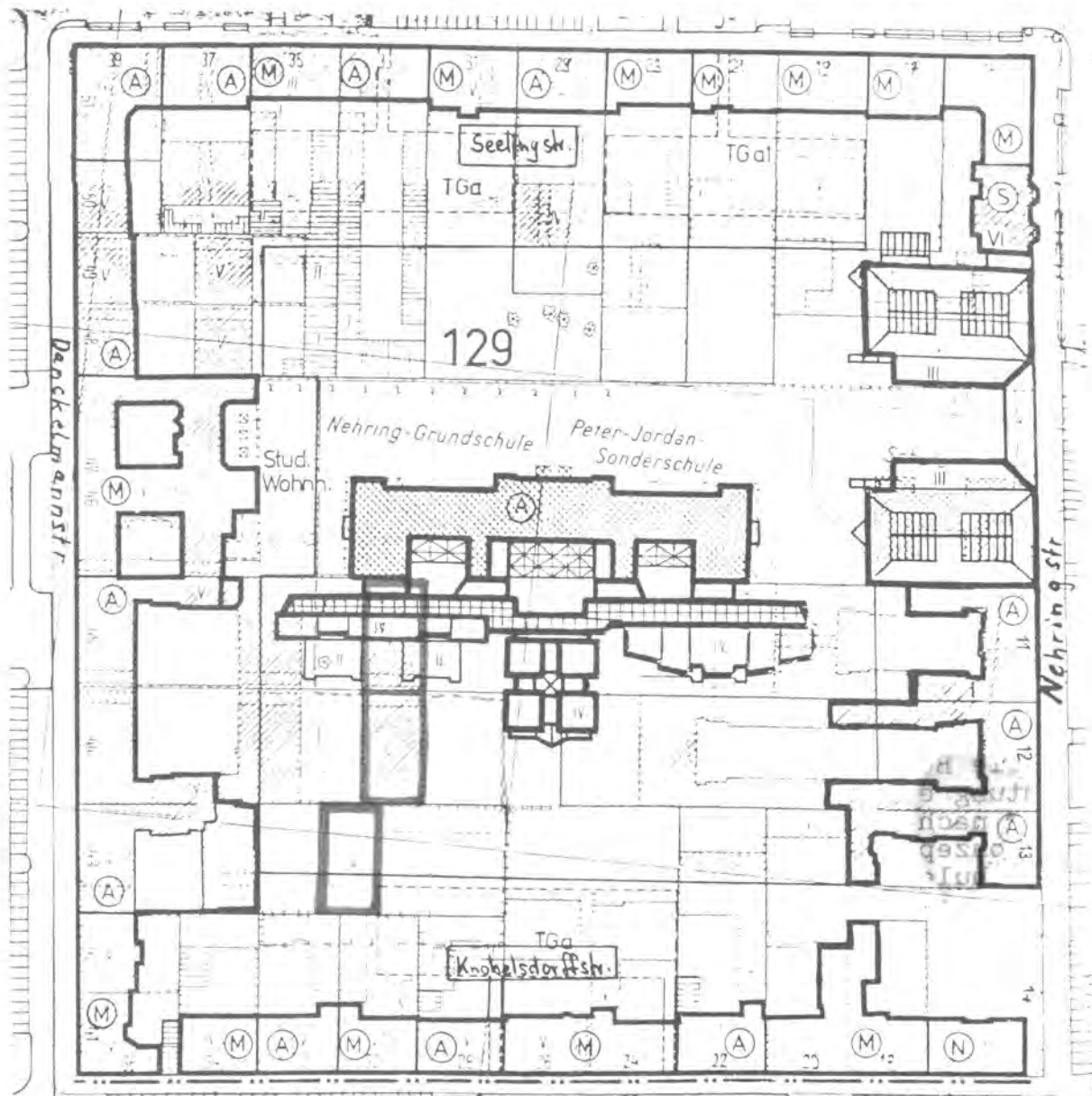
Um der organisierten Unmenschlichkeit in unserem Land zu begegnen, haben wir in unserem Haus begonnen, neue Formen des Zusammenlebens zu praktizieren. Zu diesem Zweck haben wir Funktionsräume zur gemeinschaftlichen Benutzung eingerichtet. Es gibt eine Gemeinschaftsküche in der allabendlich für die 39 Bewohner schmackhafte Essen zubereitet werden. Weitere gemeinschaftliche Projekte sind zwei Waschküchen, ein Fotolabor, eine Altglas- und Aluminiumsammelstelle, eine Fahrrad- und eine Holzwerkstatt. Eine Biogas- und eine Solaranlage befinden sich zur Zeit in Erprobung. Im ersten Hinterhof haben wir die vorhandene Begrünung durch das Anlegen von Beeten und das Pflanzen weiterer Bäume ergänzt. Bisher haben wir an belegbaren Materialkosten ca. 20.000 DM und ca. 5.000 Arbeitsstunden aufgewandt. Wir planen als weitere Instandsetzungsmaßnahme die Renovierung der Treppenhäuser, die Ausbesserung und Bemalung der Innenhoffassaden, sowie die originalgetreue Reparatur der Straßenfassade. Wir sind bereit mit der NH Erbbauverträge abzuschließen und dadurch eine Gesamtlösung zu erreichen, die für uns auch die Freilassung aller im Zusammenhang mit Hausbesetzungen Gefangener mit einschließt.



NOCH IN DIESEM JAHR SOLLEN HUNDERTE VON WOHNUNGEN
ABGERISSEN WERDEN !!!

Morgen kommt der Bagger...

Im nächsten Vierteljahr wird der Bebauungsplan für den Block 129 (Seelingstr.-Nehringstr.-Knobelsdorffstr.-Danckelmannstr.) öffentlich ausgelegt. Es bestehen dann 4 Wochen Zeit, um gegen die Planung Einspruch zu erheben, bevor der Bebauungsplan rechtskräftig wird. Bis zu diesem Zeitpunkt kann kein Mieter zum Auszug und kein Haus abgerissen werden. Sollten unsere Einsprüche nicht berücksichtigt werden, haben wir noch auf dem Gerichtsweg (Normenkontrollverfahren) die Möglichkeit, den Abriß der Häuser zu verhindern.



Die Häuser der Blockumrandung, die mit dem dicken schwarzen Strich eingezeichnet sind, werden gemäß der Planung stehenbleiben.

Von dem Abriß sind in der nächsten Zeit (1983 und später) folgende Häuser betroffen:

Seelingstraße: HH Nr. 37 und HH Nr. 29, sämtliche Gewerbeschuppen,
Nehringstraße: HH Nr. 11 sowie die 2. SF, HH Nr. 12 sowie die

2. SF,

Knobelsdorffstraße: HH Nr. 28,

Danckelmannstraße: 2. HH Nr. 43, 1. und 2. HHer sowie die 2. SF
Nr. 44 und 45, HHer Nr. 48 und 49.

Auf dem freiwerdenden Gelände ist die Erweiterung der Nehring-Grundschule (bisher zweizügig, 303 Schüler) auf 4 Züge mit einer Eingangsstufe und 795 Schülern sowie die Erweiterung der Peter-Jordan-Sonderschule (bisher 181 Schüler) auf 2 Züge mit 288 Schülern plus der Errichtung einer Stadtbücherei und einer Gesundheitsfürsorgestelle geplant. Das nach dem Vorbild preussischer Kasernen erbaute Schulgebäude soll dabei aus Denkmalschutzgründen erhalten bleiben.

Nach einem längst überholten pädagogischen Konzept sollen Grund- und Sonderschule in einem Mammutbetrieb getrennt nebeneinander herlaufen. Wobei schon jetzt klar ist, daß für die Schüler nur circa die Hälfte des vorgeschriebenen Flächenbedarfs zur Verfügung steht.

- Folgen der Schulplanung -

Die Häuser sollen abgerissen werden, für einen riesigen, für die Schüler unüberschaubaren und anonymen Schulkomplex, in dem Lernen und Unterrichten in den beiden getrennten Schultypen nicht sinnvoll möglich sein wird. Die Sonderschule wird so groß, daß sie alle Charlottenburger Sonderschüler aus den bis jetzt bestehenden 3 Sonderschulen aufnehmen könnte. Dadurch werden die Schulwege unzumutbar lang und es entsteht ein Sonderschulghetto.

Wenn wie geplant abgerissen wird, wird es außerdem im Kiez weniger Bewohner und somit weniger Schüler geben, so daß eine derartig große Schule nicht notwendig ist.

Außerdem verändern sich durch den Schulbau die Wohnbedingungen der stehengebliebenen Häuser.

- Abriß - Abriß - Abriß - Abriß - Abriß -

Insgesamt sollen im Block 129 360 Wohnungen wegen der Schulerweiterung und aus "Sanierungsgründen" abgerissen werden.

Die Sanierungsgründe sind eine "nicht ausgeglichene Sozialstruktur" (zu viele Arbeiter - zu wenig Beamte !!), zu "große bauliche Dichte" und der angebliche Mangel an "Flächen für öffentliche Standorte und sozialen Einrichtungen".

- mögliche Alternativen -

Kein Abriß und keine teure Modernisierung, sondern Instandsetzung durch die Betroffenen!

Errichtung einer 2-3-zügigen Schule, in der Grund- und Sonderschüler nach sich bereits in der Erprobung bewährten pädagogischen Konzepten in kleinen Klassen unterrichtet werden! Sollte diese Schule im Block 129 nicht ausreichen, kann noch eine weitere kleine Schuleinheit auf dem Gelände des Nassen Dreiecks erbaut werden.

Keine Räumung und Abriß der besetzten Häuser! Hier wurde der bereits entmietet, zum Verfall preisgegeben Wohnraum instandgesetzt und wieder bewohnbar gemacht.

Wenn der Bebauungsplan öffentlich ausliegt, werden wir noch einmal über das konkrete Verfahren informieren, wie wir die Einsprüche geltend machen können.

Um darüber zu informieren, wie wir uns gegen die Durchsetzung des Bebauungsplanes wehren können, findet eine Informationsveranstaltung mit einem Rechtsanwalt am

Mittwoch, den 19. Januar in der
Nehringstr. 11 statt. **20⁰⁰ UHR**
Mieterinitiative Klausener Platz
Blockinitiative

Danckelmannstr.44



Ich, das Gebäude Danckelmannstr.44, erblickte um das Jahr 1890 das Licht der Welt. Als mein Kiez 1965 zum "Sanierungsgebiet Klausener Platz" erklärt wurde, fiel ich in die Hände der "gemein"-nützigen Wohnungsbaugesellschaft "Neue Heimat". Deren Pläne sahen Abriß des Hinterhauses und von Teilen des Seitenflügels sowie Luxusmodernisierung des Vorderhauses vor. Die meisten meiner Bewohner wurden vertrieben und meine Räume standen lange leer, so daß sich mein Zustand rapide verschlechterte. Die große Wende trat am 16.4.81 mit der Besetzung durch eine Gruppe junger Wohnungssucher ein. Sie begannen meinen Verfall zu stoppen und sofort instandzusetzen. Ihre Arbeiten (Einbau sanitärer Anlagen, Strom- und Steigeleitungen, Grundrenovierung) machten den zerstörten Wohnraum wieder nutzbar. Auch größere Projekte wurden in Angriff genommen: so wurde im Sommer 82 mein Hinterhof begrünt und mein undichtes Dach gedeckt. Dabei belaufen sich die Kosten für bislang aufgewandte Arbeiten auf ca. 20.000 DM. Die Besetzer haben anscheinend eine ganz andere Auffassung vom Zusammenleben als meine übriggebliebenen Mieter. Sie leben in einer Hausgemeinschaft zusammen, haben zwei große Küchen zu Gemeinschaftseinrichtungen umfunktioniert, wo sie zusammen arbeiten, diskutieren, den Haushalt organisieren...! Zu den Gemeinschaftseinrichtungen gehören auch ein Werkraum und eine Waschküche. In diesem Zusammenhang ist geplant, eine Kunst- und Theaterwerkstatt, ein Fotolabor und einen Sportraum einzurichten. Der vorhandene Laden soll als Bildungs- und Kommunikationszentrum genutzt werden. Bereits jetzt tagen dort einige Initiativen aus dem Kiez. Es finden dort Veranstaltungen zur aktuellen Tagespolitik und Informationstreffen zur Hausbesetzerproblematik statt. Die Besetzer wollen in Zusammenarbeit mit Bewohnern des Kiezes, bereits existierenden Initiativen und den Paten ein "alternatives" Bildungszentrum errichten, um den Kontakt der Bewohner untereinander zu fördern und einen Treffpunkt im Kiez zu schaffen.

Danckelmannstr.45



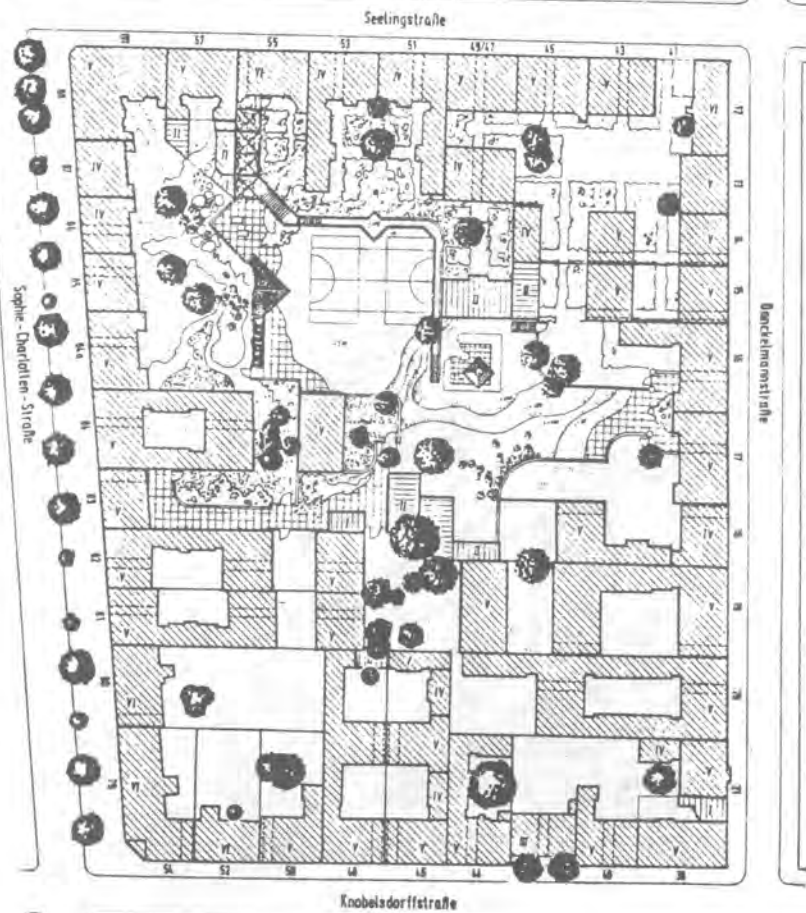
Unser Haus wurde am 30.4.81 besetzt und wurde seitdem instandgesetzt und -gehalten. Die Teure Heimat hatte seit einigen Jahren systematisch entmietet und das Haus verkommen lassen, so daß es jetzt nur noch 4 Mietparteien in unserem Haus gibt. Seit unserem Einzug wurde von uns viel Arbeit, Zeit, Liebe und Geld in das Haus gesteckt und so Wohnraum geschaffen. Jeder von uns bewohnt nicht mehr Raum als mensch braucht. Wir verstehen nicht, weshalb Feldherr Lummer, Freiherr Weizsäcker und Konsorten Paläste zum Wohnen brauchen. Im Moment sind wir bemüht, einen Second Hand Laden und eine Tischlerwerkstatt herzurichten. Von diesen Einnahmen wollen wir leben. Ein Taxikollektiv ist auch geplant. Wir haben die Schnauze voll, irgendwelche Drecksarbeit bei irgendwelchen Ausbeutern zu machen. Außerdem ist unser Millie-Tanzcafé wieder eröffnet worden mit neuen Ideen und Konzepten. Es soll ein Kommunikationstreff für Kiezbewohner werden. Wir wollen Filme zeigen, Lesungen halten und Räume für politische Gruppen zur Verfügung stellen. Wir wollen weiterhin hier drin bleiben, wohnen, lachen, streiten, voneinander lernen, spielen, arbeiten und leben. Wir werden aber nicht bereit sein, jeden Preis dafür zu zahlen, der von den Herrschenden verlangt wird.

Zur Situation im Block 129

Planung der Blockinitiative

Entstanden 1981 in ständigem Kontakt mit den Bewohnern des Blocks:

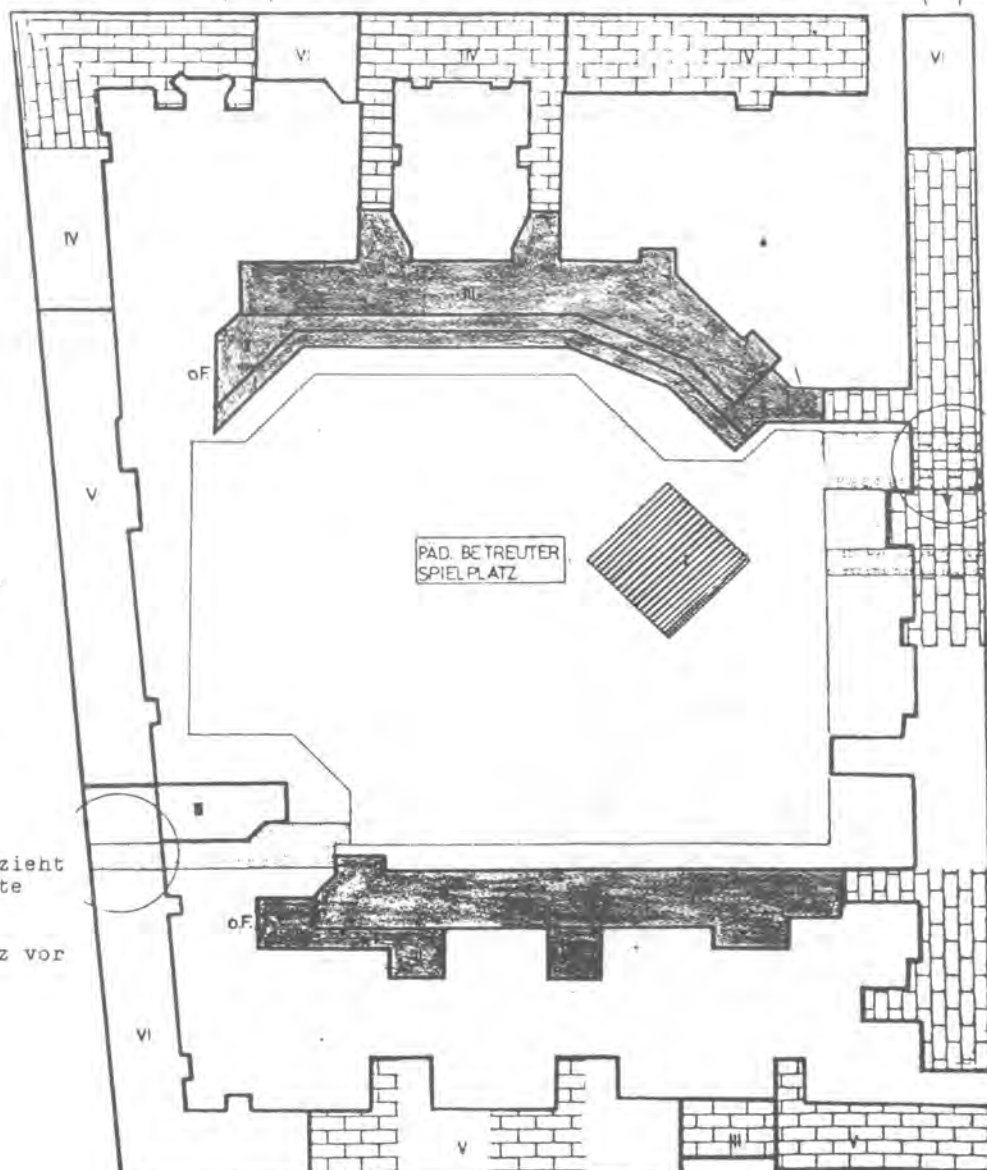
- die Hinterhäuser bleiben stehen
- kein teurer Neubau
- Errichtung von Spiel- und Erholungsmöglichkeiten für alle Altersgruppen
- kein gesetzlich vorgeschriebenes Abenteuer, sondern Umgestaltung des Blockinnenbereiches mit Kindern und Erwachsenen als ständiger Prozeß



Planung des Bezirksamts

Die Planung bedeutet:

- Totalentkernung im Blockinnenbereich, d.h. Abriß von ca. 400 Wohnungen.
- Errichtung von 2 Neubauzeilen mit nur 60 Wohnungen
- Im Mittelfeld ein aufwendiger Spielplatz, der durch Schallschutzwände von der Außenwelt abgerieft ist und wo das "Abenteuer" total kontrolliert ist z.B. ist die Feuerstelle total überdacht.



I, II, III GeschöBhöhe



Erhaltenswerter Bau (bezieht sich nur auf neu sanierte Fassade)



Neubau (als Schallschutz vor Spielplatzlärm)



Spielhaus

Sophie-Charlotten-Straße 81

Von uns wollte keine/r mehr so leben und wohnen, wie sie/er vorher gewohnt hat, z.B. allein oder als Übergangslösung mit anderen Leuten in einem Zimmer zusammen. Morgens zur U-Bahn hantzen, Muffelgesichter sitzen einem gegenüber, am Arbeitsplatz oder an der Uni oft dasselbe. Also schnell fertig werden, nach Hause eilen und vor der Glotze zu Abend essen- müde, ab ins Bett. Wir wollen nicht am Alleinsein kaputtgehen, nicht weiterhin unsere Unzufriedenheit "runterschlucken"! Viele von uns haben monatelang nach einer größeren Wohnung gesucht, natürlich vergebens. Zusammen mit 20 Leuten in ein Haus- geht das? BZ und BILD verbreiten ständig die Meinung, das Instandbesetzer Chaoten sind. Sind Leute Chaoten, die versuchen,

mit vielen anderen eine neue gemeinsame und menschliche Lebensform zu finden? Wir bezahlen zwar keine Miete an den Vermieter, dafür benutzen wir das Geld aber, um unser Haus instandzusetzen. Für laufende Kosten wie Material, Strom, Kohlen usw. zahlt jeder von uns monatlich ca. 130 DM. Was wir aber bisher darüber hinaus aufbringen mußten bzw. wie hoch unsere gesamten Instandsetzungskosten sein werden, zB. für Neuverlegung von Strom- und Wasserleitungen, Fenster glasen, Schutttransport etc. haben wir mal ausgerechnet. Wir würden etwa gleich viel zahlen, wenn jeder von uns in einer Einzimmerwohnung mit Außenklo wohnen würde. Wir wollen uns nicht gegen Mieter ausspielen lassen! Instandbesetzen nützt allen!



Geschätzter Arbeits- und Materialwert für Instandbesetzung:

1.OG-Gemeinschaftsetage		
Gemeinschaftsküche	500	2000.-
Bäder und WW-Bereitung	250	4000.-
Restl. Zimmerrenovierung und Etagenküchen	480	1000.-
Fenster aufdoppeln	650	500.-
Restliche Instandsetzung	480	2200.-
Erdgeschoß-Ausbau	1500	20000.-
Westfassade 1.Hinterhaus	500	6000.-
Übrige Fassade		
SF, Ostfassade	500	6000.-
Hofgestaltung	100	1000.-
Wiedereinbau der Gasversorgung	1000	10000.-
	5960	52700.-
Bisherige Arbeit und Kosten	1436	8804.-
Summe	7392	60904.-

Vergleich: der Abriß kostet DM.350.000
Die niedrigen Materialkosten ergeben sich nur bei teilweiser Verwendung von Altmateriale aus Abrißhäusern.

Knobelsdorffstr.46



Uns, den Besetzern der Knobelsdorffstr.46, geht es vorwiegend um die Erhaltung von Altbauseubstanz als billigen Wohnraum. Für unser Haus haben wir daher folgendes Konzept ausgearbeitet. Von den insgesamt 1374 qm des Hauses sind zur Zeit 950 qm bewohnbar, dieser Raum wird von den Besetzern genutzt. Die restlichen 424 qm (2 Seitenflügel, 1 Hinterhaus) stehen zur Zeit noch leer, sie sind nicht bewohnbar, da die Versorgungsleitungen bei einem Brandanschlag zerstört wurden. Wir bemühen uns darum, den Schaden zu beheben, um dort einer Hausgemeinschaft Raum geben zu können. Voraussetzung dafür sind außerdem geringfügige bauliche Veränderungen wie z.B. einige Durchbrüche. Außerdem streben wir die Einrichtung von Werkstätten an, wie es zum Teil schon realisiert wurde. Als weitere bauliche Ziele haben wir den Ausbau des Dachbodens über dem Vorderhaus und dem 1.Hinterhaus, sowie den Bau von Dachgärten und -terrassen auf den restlichen Häusern. Diese Ziele sind allerdings noch Zukunfts- musik und in unserer jetzigen finanziellen Situation sind wir gerade in der Lage, den Zerfall der Substanz zu verhindern. Wir haben außerdem vorgesehen, den Laden im Vorderhaus einem kiezansässigen Projekt als Arbeits- und Darstellungsraum zur Verfügung zu stellen und hoffen, durch den Abschluß von Verträgen unsere Ziele verwirklichen zu können.

Christstr. 42

Wir haben das Haus im Februar 1981 besetzt und seit dem kontinuierlich an der Instandsetzung gearbeitet. Im November 81 lehnten wir das Umsetzangebot der Neuen Heimat ab, weil wir die Luxusmodernisierung gerade in diesem Haus (es ist eines der letzten, das noch nach §17 St.bauförd.ges. für ca. 2 Mio.DM modernisiert werden soll) verhindern wollten und weil wir uns eine friedliche Lösung nur mit allen anderen Häusern zusammen vorstellen können. Seit diesem Zeitpunkt ist das Haus auch nach der sog. Berliner Linie räumungsreif, die NH hat jedoch bisher, wie auch für eine Reihe anderer Häuser, noch keinen Strafantrag gestellt (Haben ihr die Ereignisse vom 22.9.81 zu denken gegeben?). Trotz dieser ständigen Bedrohung haben wir mit großem Arbeitsaufwand und hohen Materialkosten folgendes instandgesetzt:

Alle Elektrik neu und unter Putz, 3 neue Sanitärstränge, Podesttoiletten entfernt und 4 In-enttoiletten installiert, Dach ausgebessert, sämtliche Innenrenovierungen, im gesamten Hof Asphalt entfernt und begrünt, sowie zwei Bäder eingerichtet.

Wir wollen noch den Dachstuhl reparieren, die Hinterhoffassade erneuern, 2 weitere Bäder einrichten und einige Fenster durch Doppelfenster ersetzen (Kosten ca. 500.000 DM), dazu fehlt uns noch das Geld.

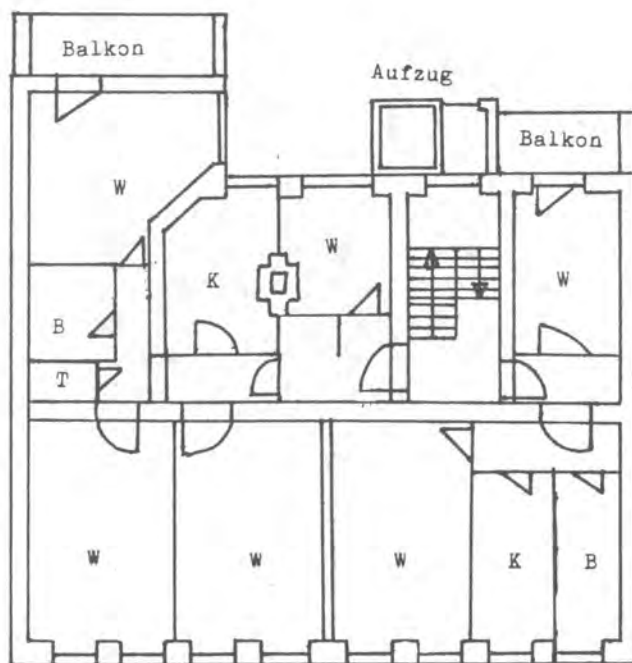
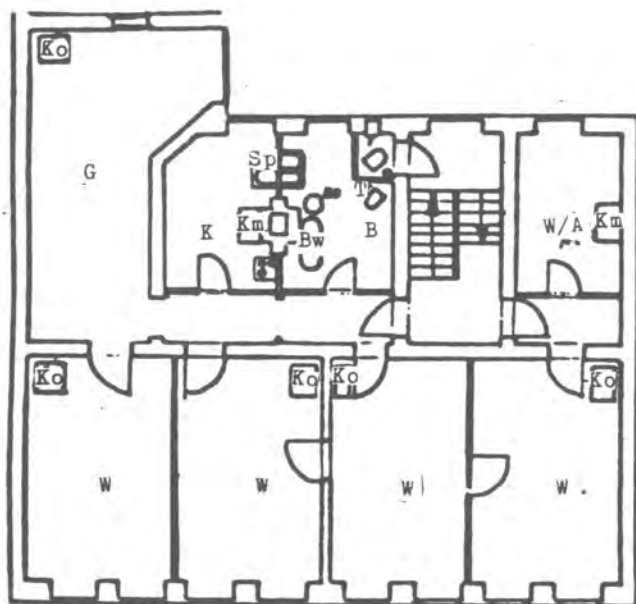
Auf ca. 650 qm wohnen bei uns 20 Menschen, die Planung des Ladens (noch vermietet) ist noch offen. Auf der Hinterseite ist ein Fotolabor und ein Musikraum eingerichtet.

- W = Wohnraum
- G = Gemeinschaftsraum
- K = Küche
- B = Bad
- T = Toilette
- W/A = Wohn- oder Arbeitsraum
- je nach Etage
- Ko = Kachelofen
- Km = Kochmaschine
- Sp = Spüle
- Bw = Badewanne



Planung der NH Berlin

Unser Konzept



Das Haus Nehringstr.34/Neufertstr.13 wurde 1975 von der NH gekauft und sollte luxusmodernisiert werden. Obwohl die NH mit ihrem Antrag dafür beim Senat erstmal abblitzte, ging es dem Haus mehr und mehr an den Kragen. Freiwerdende Wohnungen wurden nicht mehr vermietet, in anderen fanden Umsetzmieter vorübergehend Platz, die notwendigen Reparaturen am Haus wurden nicht mehr ausgeführt, durch das Dach tropfte der Regen, eine Wohnung im Erdgeschoß schimmelte, der Dielenboden faulte weil die Wasserleitung leckte. Am 7.2.81 sind wir eingezogen, und haben in der Zwischenzeit versucht das Haus, soweit es in unseren Kräften stand, instandzusetzen. An Material für die Instandsetzung haben wir von Februar bis Ende 81 16.393 DM ausgegeben; davon etwa 3000 DM für die Fassadenbemalung. Der größte Teil dieses Geldes wurde dadurch aufgebracht, daß wir Miete nicht mehr an die Kaputtbesitzer, sondern an eine gemeinsame Materialkasse zahlten. Kurze Zeit nach der Besetzung entstand die Idee, die Fassade zu bemalen. Gemeinsam mit der Künstlergruppe 'Ratgeb' sollte die Idee Ende Mai verwirklicht werden. Der Vorschlag für einen Entwurf kam von uns, Ratgeb wollte in jedem Fall nur Hilfestellung geben. Aus etwa 20 Skizzen wurde einer ausgearbeitet, der vor allem technische Probleme, wie z.B. die vielen Fenster berücksichtigen mußte. Dieser Entwurf wurde in vier Wochen ausgeführt. Als fester Bestandteil zum Haus Nehringstr. gehört auch ein relativ großer Laden. Hier sollen die Bewohner des Kiezes sich über Instandsetzungen informieren oder einfach nur treffen können. Mit der Zeit wurde der Laden immer häufiger für Veranstaltungen, Filmabende und Ausstellungen genutzt. Für die Kiezbewohner hat er sich zur Anlaufstelle für viele Informationen entwickelt.

Nehringstr.34 / Neufertstr.13



Neufertstr.11

Die Neufertstrasse 11 besteht aus einem Grundstück von 494 qm, davon sind 220,6qm bebaute und 273qm unbebaute Fläche. Auf dem Grundstück befinden sich ein Wohnhaus, zwei kleinere Schuppen und das Gerüst einer Garage. Gemäß den Sanierungsplänen der NH soll das Haus nach Lamod (Landesmodernisierungs-Fördermittel) saniert werden. Auf jeder Etage sollen zwei 3-Zimmerwohnungen entstehen und die bisherigen Küchen sollen in Küche, Bad, Toilette unterteilt werden. Die zwischen 3,60 und 4m hohen Räume sollen mit Zentralheizung beheizt werden. Als wir das Haus am 26. Februar 81 besetzten, war die Entmietung bis auf eine Wohnungsgemeinschaft in der ersten Etage vollzogen. Da die NH, die das Haus 1975 kaufte, keine Reparaturen durchführen ließ, war das Dach wasserdurchlässig (bis in die 3. Etage), der Dachboden war voll mit Taubenkadavern und -dreck, Wasserleitungen gekappt, Öfen verdreckt und Stromleitungen uralt. Zuerst wurden die Stromleitungen und Wasserleitungen installiert und der Taubendreck entfernt (Dachboden desinfiziert). Dann nahmen wir das bis dahin nur notdürftig geflickte Dach in Angriff. Die Arbeiten auf dem Dach nahmen 5 Monate in Anspruch. Dabei haben wir die morschen Bretter und Balken ersetzt, die Hinterseite des Daches mit Dachpappe, die Vorderseite mit Ondulineplatten verlegt. Dazu mußten Simse neugemauert werden, Kamine repariert und die Zinkbleche erneuert werden. Danach haben wir die restlichen verfaulten Balken im Haus erneuert und die Wände ausgetrocknet. In den Zimmern wurde der Putz erneuert und Elektroleitungen unter Putz gelegt. Da nach und nach alle Etagen bewohnbar sind, vergrößert sich die Anzahl der Bewohner.



Außerhalb der Sanierungsgebiete

Schultheißbrauerei

Das Gelände der ehemaligen Schultheiß-Niederlage befindet sich an der Königstr./Ecke Anhaltinerstr. in Zehlendorf. Auf dem großen Gelände befindet sich ein Wohnhaus mit ca. 280qm, in dem 20 Leute wohnen, das ehemalige Kesselhaus, in dem sich jetzt Übungs- und Aufführäume in verschiedenen Größen für Musik- und Theateraufführungen befinden und eine Kraftfahrzeug- und eine Holzwerkstatt. In einem ehemaligen Dachboden wurde als Zentrum des Ganzen ein großes Cafe mit Galerie. ausgebaut. Die Bewohner des Hauses haben einen Hausverein gegründet.

Das Ganze wird unterstützt durch den Förderverein Autonomes Jugend- und Begegnungszentrum in der ehemaligen Schultheiß-Niederlage e.V., der ca. 400 Mitglieder hat.

Der Vorstand dieses Vereins verhandelt seit langem mit der Neuen Heimat- Geschäftsführung über einen Grundstückstausch. Die evangelische Kirche, die das Projekt unterstützt, hat die Absicht, der Neuen Heimat ein Ersatzgrundstück in Kladow anzubieten, wenn es zu einer Gesamtlösung mit der NH kommt.

Dieses Grundstück liegt ebenso wie die beiden folgenden, in keinem Sanierungsgebiet und ist daher von der NH zu 100% finanziert. Es handelt sich im wesentlichen um Spekulationsobjekte der Neuen Heimat. Von einem sicheren Abriß ausgehend wurde hier ein aufwendiger Neubau geplant. Die aufgelaufenen Zins- und Planungskosten sind hier besonders hoch, eine friedliche Lösung wird hierdurch erschwert.

Fichtestr. 29

In der Fichtestr. 29 sind nur 3 Wohnungen besetzt. Die Besetzer fordern Mietverträge, in denen ihre bisherige Instandsetzung berücksichtigt wird. Ein Gespräch mit der Neuen Heimat hat es hierüber bereits gegeben, die grundsätzliche Bereitschaft hierzu wurde erklärt. Eine detaillierte Ausarbeitung folgt im Rahmen der übrigen Verhandlungen.

Auch bei diesem Haus hat sich die Neue Heimat in der Hoffnung auf eine frühere Bezirksamtsplanung verspekuliert und ein riesiges Grundstück mitgekauft, das nun für einen Neubau nicht mehr verwendet werden kann. Auch das Vorderhaus soll nun nach den Vorstellungen aller Mieter instandgesetzt und Teilmodernisiert werden.

An der Rehwiese 4

Die Grundstücksfläche der Rehwiese 4 beträgt ca. 2800qm. Darauf befindet sich ein großer Garten und eine Villa mit ca. 750qm Wohnfläche.

Vor der Besetzung hat die Neue Heimat das Haus mit großem Aufwand unbewohnbar gemacht: Alle Strom- und Wasserleitungen, Sanitäre Anlagen, Ölheizung und Kamin wurden zerstört, der Gully vor dem Haus mit Teer gefüllt...

Die Besetzer, die dort seit 1 1/2 Jahren ohne Strom und Wasser leben müssen, haben das Haus entrümpelt, die Zimmer mit Allesbrennern versehen und Scheiben eingesetzt. Der Dachstuhl soll ebenfalls ausgebaut werden.

Für das Haus besteht eine Abrißgenehmigung, die auch nicht widerrufen wurde, nachdem das Haus unter ein Erhaltungsgebot nach Bundesbaugesetz fiel. Die NH plant den Neubau von 6 Eigentumswohnungen, jede für ca. 650.000,-DM, wofür der Garten zerstört werden müßte.

Derartige Eigentumswohnungen stehen zur Zeit in Zehlendorf leer.

Für das Haus muß noch eine gesonderte Lösung gefunden werden.

Das Haus wurde

am 30.11.82 geräumt

und abgerissen.







Sanierungsgebiet Schöneberg



In Schöneberg sind im Sanierungsgebiet inzwischen noch 15 Häuser der Neuen Heimat besetzt. Öffentliche Bebauung ist in keinem Block vorgesehen. Trotzdem sollen noch diverse Hinterhäuser und Seitenflügel der Sanierung zum Opfer fallen.

Am 18.10.82 wurde in Schöneberg eine Genossenschaft ähnlich der Charlottenburger gegründet. Die "Bewohnerorientierte Altbausanierung in Schöneberg (BASIS), eingetragene Genossenschaft in Gründung" soll allen Schöneberger Kiezinitiativen die Möglichkeit geben, ihre Ideen bezüglich einer alternativen Lebens- und Wohnraumgestaltung, die sich nicht am Profit, sondern an den Bedürfnissen der Bewohner orientiert, in die Praxis umzusetzen. Die Genossenschaft wird als rechtlicher und wirtschaftlicher Träger der betreffenden Häuser fungieren, die in Selbsthilfe und Selbstverwaltung von den Bewohnern saniert werden. Es ist vorgesehen, daß die BASIS e.G.i.G. die Häuser in Erbpacht übernimmt und die Häuser gemeinsam verwaltet und die NH von ihren Sanierungspflichten entlastet. Mit diesem Verfahren soll die bisher in Sanierungsgebieten übliche Verteuerung von Wohnraum und die damit verbundene Zerstörung der Bevölkerungs- und Infrastruktur verhindert werden.

Am Winterfeldtplatz

-  Abgerissener Seitenflügel
-  Jetzt Neubau (Grundriss?)
-  Besetzt, bzw. am 1.11.82 geräumt
-  vom SPI gekauft

Hier sind folgende Häuser der NH besetzt: Winterfeldtstr. 36 und 38, wobei letzteres am 1. November nachmittags an das Sozialpädagogische Institut (SPI) der Arbeiterwohlfahrt verkauft wurde. Die Häuser Maaßenstr. 11 und 13 wurden am 1.11. abends geräumt.



Winterfeldtstr. 36

Nach ca. einem Jahr Leerstand wurde das Haus Winterfeldtstr. 36 am 1. Mai 1981 besetzt. Das Haus befand sich in einem mangelhaften Zustand: Fehlen von sämtlichen sanitären Einrichtungen, alle Abflußrohre und Stromleitungen zerstört, teilweise zerstörte Kachelöfen, 120 kaputte Fensterscheiben usw., und das größte Problem, durch den Abriß des Seitenflügels fehlt an der einen Hälfte des Hauses die Rückwand. Mit der Instandsetzung wurde sofort begonnen.

Seit dem 1. Mai haben die Bewohner 16 von 18 der derzeit zur Verfügung stehenden Zimmer, zwei Küchen, ein Bad, einen Übungsraum für Bands und die zwei Läden von Grund auf instandgesetzt. Die umfangreichen Instandsetzungsmaßnahmen werden in Fragen der Statik und Bauausführung vom Baubüro Schöneberg betreut.

Im Haus befinden sich verschiedene Projekte, die teilweise von öffentlichen Stellen gefördert werden. Dazu gehören z.B. zwei Jugendwohngemeinschaften und ein Laden als Jugendtreff, in dem Filmabende sowie der Volkshochschulkurs "Sonntagstreff für Jugendliche" angeboten werden. Im Literatur-Cafe finden vielfältige Aktivitäten statt, so z.B. die Erzählwerkstatt der VHS-Schöneberg, Lesungen und Fotoausstellungen.

Langfristig sollen im Haus vier Wohngruppen entstehen, die zu fünf oder sechs in abgetrennten Wohnungen leben. Vieles soll aber weiterhin über die Etagen hinweg organisiert werden. Der Dachboden soll zu einem Tischtennisraum und einem Ruheraum ausgebaut werden. Im Keller entsteht ein Gruppenraum als Erweiterung des Jugendladens, eine Dunkelkammer und eine Waschküche.

Das Literatur-Cafe im Erdgeschoß wird zu einem kommerziellen Cafe erweitert, um so einigen Hausbewohnern Arbeitsplätze zu bieten. Ein weiterer Raum soll zu einer Werkstatt für Holz-, Ton- und Metallarbeiten und speziell für Fahrradreparaturen ausgebaut werden und Kindern und Jugendlichen aus dem Kiez zur Verfügung stehen.

Winterfeldtstr. 36 - EIN ALIBI-HAUS FÜR DEN HEUCHLERSENAT?

Am 1. Nov. 82, zwischen 16h und 17h wechselte der Eigentümer des Hauses Winterfeldtstr. 36. Die NH verkaufte nach langem Hin und Her das Haus an das Sozialpädagogische Institut (SPI). Dies geschah zu einem Zeitpunkt, zu dem es so aussah, als würden parallel dazu mit allen anderen NH-Häusern Erbpachtverträge abgeschlossen werden können. Dem war nicht so. Am selben

Tag gegen 18h wurden die beiden Häuser der NH Maaßenstr. 11 und 13 geräumt.

Zufall oder nicht ?

Es macht die Linie des Senats von Zuckerbrot und Peitsche deutlich: Der Senat betont weiter, daß er zu friedlichen Lösungen bereit sei und führt das Haus Winterfeldtstr. 36 als Beispiel an. Das Haus Winterfeldtstr. 36 ist ein Beispiel und zwar für die Heuchelpolitik des Senats.

Das Haus liegt im Sanierungsgebiet Schöneberg und ist Bestandteil eines Blocks, dessen durchgreifende Sanierung im Nord- und Ostbereich (Nollendorferstr./Zietenstr.) annähernd abgeschlossen ist. Der Block soll von einem existierenden Blockheizwerk versorgt werden. Für das Haus Nr. 36 war ebenso wie für die Nachbarhäuser Winterfeldtstr. 38 und Maaßenstr. 11 und 13 eine Vollmodernisierung geplant. Die



Häuser Winterfeldtstr. 36 und 38 zählen als eine Einheit (Doppelgrundstück). Für beide Häuser ist die Modernisierungsplanung abgeschlossen. Ein Modernisierungsvertrag NH/Sen. Bau.Wohn. liegt seit dem 12.5.82 vor, ebenso wie für die geräumten Häuser Maaßenstr. 11 u. 13.

An der Winterfeldtstr. 36 wird also deutlich, daß auch sogenannte schwierige Häuser (Blocksanierung, Doppelgrundstück, abgeschlossene Planung, gesicherte Finanzierung) den Eigentümern wechseln können und Erbpachtverträge mit Besetzern möglich sind. Auch die Planungs- und Zinskostenforderung der NH war der Senat bereit zu befriedigen.

Der neue Eigentümer des Hauses, das SPI, wird an einen Trägerverein die Erbbaurechte vergeben. Die Instandsetzung wird dann nach den Bestimmungen für Selbsthilfegruppen erfolgen und den Senat, bei etwas geringerem Standard, nur die Hälfte dessen kosten, was die NH bei der Vollmodernisierung verbaut hätte - und das Nutzungs-entgelt bleibt bezahlbar.

Daran wird deutlich, daß der Senat weder an einer veränderten Wohnungspolitik interessiert ist, noch ist das Gerede von "friedlichen Lösungen" ernst zu nehmen, denn was in der Winterfeldtstr. 36 dem Senat und der NH möglich war, wäre für alle besetzten Häuser machbar.

Frobenstr. 10



Gummiparagraph ASOG §14: "Rechts"-Grundlage für die Maaßenräumung?

Die zuständige Behörde kann die notwendigen Maßnahmen treffen, um eine im einzelnen Falle bestehende Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung abzuwehren

Dies ist der Wortlaut von ^{§14} Absatz 1 des "Allgemeinen Gesetzes zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Berlin", kurz ASOG. Die weite Fassung der Voraussetzungen dieser Vorschrift hat den Zweck, den Einsatz der Polizei flexibel, der jeweiligen Opportunität entsprechend, zu gestalten.

Trotz dieser dehnbaren Voraussetzungen kann allerdings mit guten Gründen bezweifelt werden, ob es rechtmäßig war, etwa die Räumung der Maaßenstraße auf diese Vorschrift zu stützen. Selbst bei Angehörigen der Senatsinnenverwaltung stieß es dem Vernehmen nach auf Skepsis, ob in dem bloßen Verdacht eines Diebstahls gegen die Besetzer, der sich außerdem schnell als gegenstandslos herausstellte, eine gegenwärtige Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung gesehen werden kann.

Hinzu kommt, daß § 8 ASOG die Polizei verpflichtet, bei mehreren möglichen Maßnahmen immer das mildeste Mittel anzuwenden. Die Räumung eines Hauses ist das bestimmt nicht.

Danach steht die neue "Berliner Linie" rechtlich auf ziemlich wackligen Füßen.

Am 19. Februar 1981 besetzten die ersten 16 MöBe mit roten Pappnasen in klirrender Kälte die Maaßenstr. 13! Es geht uns darum, die gesamte kriminelle, profitorientierte Sanierungspolitik zu modernisieren! Wir erklären uns solidarisch mit anderen, v.a. den eingeknasteten Instandbesetzern und mit Leuten im Hungerstreik. Wir wollen selbstbestimmt durch Einsatz unserer Arbeitskraft das durch systematischen Leerstand runtergewirtschaftete Haus wieder instandsetzen. Die Eigentümerin "Neue Heimat" soll die anfallenden Instandsetzungskosten zahlen! Drei Patengruppen reißen sich um uns: 1. Dozenten des Pestalozzi - Fröbel Hauses

2. der gewerkschaftlich orientierte Arbeitskreis Leben

3. die Mieterinitiative "Nollzie"

Wir entwickeln mit Architekten unseres Vertrauens ein Nutzungskonzept für die Maaßenstr. 13 und deren Seitenflügel. Bereits zu dieser Zeit zeigt der Senat sein perfides Doppelgesicht: einerseits predigt er die "politische Lösung" in Sachen Hausbesetzungen, auf der anderen Seite läßt er durch die Staatsanwaltschaft besetzte Häuser durchsuchen, verwüsten und deren Bewohner festnehmen.

Wir wissen uns aber nach anfänglicher Räumungsparanoia zu arrangieren mit dieser Tatsache. Neubesetzern wird geraten: "Pack dein Wichtigstes in ein Köfferchen!". Dann zieht man, beladen wie ein Packesel, zu den Mieterinipaten um die Ecke! Räumungsparanoia kann aber auch von MöBs zu MöBs sehr ansteckend wirken: dann gleicht die sonst fröhlich lärmende Maaßenstr. einem aufgestoßerten Ameisenhaufen. Schließlich kommt es auf die Gemütsverfassung jedes einzelnen an, ob er/sie sich gerade mitreißen lassen will oder nicht, bzw. das neueste Räumungsgerücht ernstnehmen will oder nicht!

Im März 82 beginnt die "Verhandler-AG aller besetzten NH-Häuser" die Voraussetzungen von Besetzerseite aus für eine vertragliche Lösung zu schaffen. Wir stehen den Verhandlungen skeptisch bis ablehnend gegenüber, schicken aber dennoch einen ständigen Beobachter zum "Legalotreff". Schließlich muß Besetzer/in sich über alles informieren! Erst durch umfassende Information kommt die Stärke und Fähigkeit, eine Gegenposition entwickeln zu können. Währenddessen postuliert die Verhandler-AG die "friedliche Gesamtlösung", die allerdings auf tönernen Füßen steht, denn innerhalb der Szene tobt der Kampf zwischen Verhandlern und Nichtverhandlern! Die Verhandler-AG will die Nichtverhandler zwar separat, aber dennoch unter das Zelt einer wie auch immer garteten "friedlichen Gesamtlösung" packen.

Nichtverhandler suchen den Buhmann bei den Verhandlern, schieben die verlorengegangene Stärke der Bewegung den Verhandlern zu. Verhandler klagen über die weitgehende Positionslosigkeit der Nichtverhandler. Die Gegenseite holt zum Schlag aus. Im "Lappenkrieg" (Entfernung von Anti-Reagan-Transparenten) und durch häufige Durchsuchungen (Polizei bewegt sich in rechtsfreien Räumen: verwüstend, klauend, zerstörerisch) sensibilisiert, bekommen wir einen üblen Vorgeschmack auf das, was noch auf uns zukommt. Am 11.6., dem Tag von Reagans Besuch in West-Berlin und allerorts sich reaganden-nicht-genehmigten- Widerstands, zeigt dieser Polizeistaat ungeschminkt sein Gesicht in Form von Knüppelorgien, Wasserwerfern, Natostacheldraht, Tränengas und Heerscharen von B.'s und Wannern. Dieser Tag reißen auch eine tiefe Kluft zwischen uns und den drei Patenkreisen auf! Auf emotionaler Ebene können die Paten uns nicht mehr

verstehen und erschöpfen sich in Verbalradikalismus. Gewalt oder Nichtgewalt? Nicht nur die AL droht an der mutig geführten Diskussion zu zersplittern. Immer systematischer werden wir neben ein paar anderen Häusern zu einer "kriminellen Fluchtburg" aufgebaut. Wer häufig mit einem Riesen-Polizeiaufgebot durchsucht wird, dem glaubt die Nachbarschaft auch seine "Kriminalität". Auch wenn bei einer Durchsuchung nur alte Aldieinkaufswagen und rostige Mercedessterne gefunden werden! Auch wenn die aus dem Haus mitgenommenen Leute nach ein paar Stunden wieder auf freien Fuß gesetzt werden müssen, weil niemandem eine Straftat nachzuweisen ist. Wo es keinen Räumungsgrund gibt, muß eben einer geschaffen werden. Klar: wer Maaßenstr.13 kennt, weiß, daß sie sehr exponiert in unmittelbarer Nähe zum Winterfeldtplatz/-markt und sehr verkehrsgünstig im Citybereich liegt. Das Haus soll nach Plänen der NH für mittlere Führungskräfte modernisiert werden, wobei die Mieten um das 3- bis 4fache steigen sollen. Diesen fetten Brocken wollen sich die Absahner nicht einfach durch ein paar Besetzer entreißen lassen! Es geht ihnen nur um die Durchsetzung ihrer Profitinteressen!

Im Juli 82 eröffnen ein paar Leute aus dem Haus das Café-Galerie-Kneipe "Zigore" in der Ladenwohnung des Hauses, nachdem ein dort eingerichteter Trödelladen (auch von Maaßenleuten betrieben) langsam aber sicher seinem Tod entgegenzieht. Ein sehr hoffnungsvoller Anfang für viele, die Möglichkeit, etwas Knete zu verdienen und nicht in Arbeitslosigkeit und in Resignation zu verfallen. Zudem ist das Zigore ein Treffpunkt für alle, auch Leute aus dem Kiez, ein Informationsladen mit Kultur und v.a. sehr viel persönlichem Stil. Alle paar Wochen faszinieren uns neue Ausstellungen, werden Musikgruppen und Performance-Künstler eingeladen, finden Lesungen statt.

Das Zigore als Integrationsort über die Maaßenstr. hinaus!

Im Herbst werden erste Vertragsentwürfe zwischen NH, Trägerverein und Besetzern diskutiert. Wir ringen uns halbherzig in einem Plenumsbeschluss dazu durch, uns auch an den Verhandlungen zu beteiligen. Das stellt sich am 1.11.82 als bitterer Fehler heraus, als die Maaßenstr. 11 und 13 geräumt werden. Durchgängiges Gefühl bei allen: 'Wir sind total verarscht worden'! Die erste, völlig überraschende Räumung eines NH-Hauses seit langer Zeit überrumpelt uns total. Dazu ist es die erste politische Räumung nach §14 ASOG.

Anfangs sind wir völlig fassungslos, denn so sicher wie zu dem Zeitpunkt hatten wir uns schon lange nicht mehr gefühlt. Gefühle kommen hoch wie: "Die wollen uns ausradieren wie 'nen dreckigen Tintenkleks! Es soll ein Zuckerbäckerkiez entstehen, und wir sind darin die nicht integrierbaren, hochkriminellen Arbeitsscheuen, die es gilt zu entfernen." Die Maaßenstr. 11 wird aus "baupolizeilichen und seuchenhygienischen Gründen" gesperrt. Der anal geprägte Sauberkeits- und Ordnungswahn des CDU-Senats kommt voll zum Vorschein.

Der Anlaß zur Räumung ist ein völlig absurder: ein Mann, der mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Provokateur ist, wird in unserer Haus eingeschleust. Unter völliger Verhüllung der Tatsachen (uns wurden 50,- DM und Kleidung von ihm entwendet) zeigt er uns an wegen Diebstahl und Körperverletzung. Über die Fernschreiber desselben Tages laufen leider nur die Meldungen über seinen Strafantrag gegen uns und die anschließende Durchsuchung und Räumung der Maaßen-

häuser. Unsere Anzeige gegen den Provokateur wegen Diebstahl und Verleumdung geht in der Hektik der Pressemeldungen des folgenden Tages fast völlig unter.

Wir quartieren uns nun im Mieterladen "Nollzie" ein und rotieren rund um die Uhr: Presseerklärungen, Interviews, Treffs, Klage beim Verwaltungsgericht, Demos...

Anfangs wollen wir unsere Kraft weiterhin aus der Gruppe schöpfen, aber da es anscheinend keine Wohnmöglichkeit für die ganze Gruppe gibt, macht sich Resignation breit. Der ungeheure Druck von außen verunsichert alle, und interne Spannungen gedeihen prächtig. Andererseits ist aber das Gruppenzusammengehörigkeitsgefühl enorm gestärkt seit der Räumung.

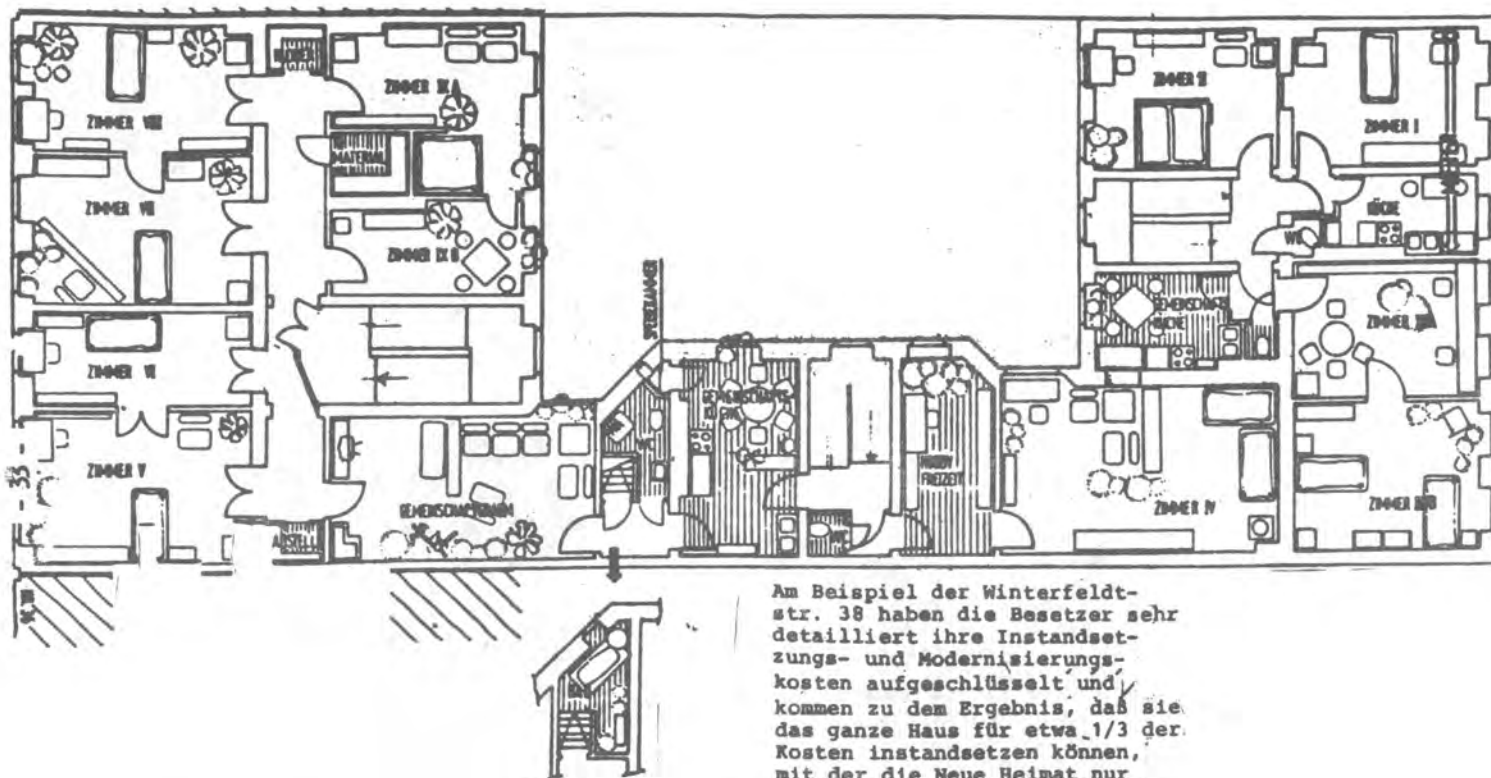
Ein Silberstreif am Horizont wird sichtbar: die Bewohner der Steinmetzstr. rücken enger zusammen, so daß wir doch noch die Möglichkeit haben, als Gruppe zusammenzuwohnen.

Das bedeutet nun erstmals wieder mit 16 Leuten in einer Küche klarzukommen, enger als bisher in der Gruppe zu leben. Für die meisten bedeutet der Einzug in die Steinmetzstr. noch eine kurzfristige Chance, politisch etwas zusammen zu erreichen bis zur nächsten Räumung. Die Motivationen sind unterschiedliche: Manche kämpfen vorrangig um die Maaßenstr.-häuser, andere mit dem Schwerpunkt, es den "Herren dort oben" so schwer wie möglich zu machen, einige sehen das Leben in einer großen Gruppe als Sprengkraft entfaltende Lebensform, ein paar wollen wieder ein neues "Zigore" aufbauen.

Wie soll es nun weitergehen, auch wenn wir hier wieder geräumt werden? Ein MoBs will weiter in anderen besetzten Häusern leben, will dafür die Gruppe aufgeben. Die meisten anderen freunden sich gerade mit dem Gedanken an, eine Fabriketage zu mieten, um sich dort zusammen etwas aufzubauen. Das Leben in der Gruppe stellt für viele erste Priorität dar, auch wenn es manchmal ganz schön fetzt. Ist ein Zusammenhang erstmal geschaffen durch gemeinsames Wohnen, wird kollektiver Widerstand, wenn auch in individuellen Formen ausgeübt, erst wirklich möglich. Auf dieser Basis gelingt nicht mehr so leicht die Vereinzelung in Uni, Schule und am Arbeitsplatz, und: wir wollen zusammen politisch arbeiten und uns nicht vereinzeln, spalten oder gar integrieren lassen. Wir verfolgen konsequent unsere Träume, auch wenn das denen dort oben nicht paßt!



Maaßenstr. 11



Am Beispiel der Winterfeldtstr. 38 haben die Besetzer sehr detailliert ihre Instandsetzungs- und Modernisierungskosten aufgeschlüsselt und kommen zu dem Ergebnis, daß sie das ganze Haus für etwa 1/3 der Kosten instandsetzen können, mit der die Neue Heimat nur das Vorderhaus modernisieren will (hinten soll abgerissen werden).

	Modernisierung Neue Heimat	Modell der Instandbesetzer
Grundstücksgröße	ca. 650 qm	ca. 650 qm
Wohneinheiten	8	23
Wohnfläche	750 qm	1672 qm
Ladenfläche	110 qm	110 qm
1. Kaufpreis	185 000,-	185 000,-
Erwerbskosten	33 000,-	33 000,-
2. Kosten des Bauwerks	1 054 000,-	
Heizwerk	37 000,-	
Wert verwendeter Bauteile	90 000,-	
betriebstechnische Anlagen	95 000,-	
Gesamtsumme 2	1 276 000,-	425 000,-
3. Außenanlagen	82 000,-	10 000,-
4. Baunebenkosten		
Architekten und Ingenieursleistungen	220 000,-	
Verwaltung	21 000,-	
Genehmigungskosten	13 000,-	
Finanzierung in der Bauphase	88 000,-	
allgemeine Nebenkosten	11 000,-	
Gesamtsumme 4	353 000,-	80 000,-
Gesamtsumme 2 - 4	1 711 000,-	515 000,-
Kosten pro qm	2 284,-/qm	308,-/qm



Bülowstr. 52

Der Gebäudekomplex Bülowstr. 52, im Eigentum der gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft "Neue Heimat", sollte im Zuge der Sanierungsmaßnahmen entkernt werden. Um einen drohenden Abriss zu verhindern, besetzten wir die Aufgänge 4, 5 und 6 und teilweise die Aufgänge 2 und 3; im wesentlichen ist dies der 2. Hinterhof des Grundstücks.

Zum Zeitpunkt der Besetzung (Februar 81) war der Hof nahezu entmietet und somit dem Verfall preisgegeben. Diese Entwicklung war durch unterbliebene Instandhaltung seit der Übernahme des Grundstücks durch die NH eingeleitet worden, die den ehemals gepflegten Hof seit 69 verkommen ließ.

Dem Entschluß, einen Hinterhof zu besetzen, lag eine dem Entkernungsmodell grundsätzlich widersprechende Vorstellung menschenwürdigen Wohnens zugrunde.

Menschenwürdiges Wohnen läßt sich eher als "Leben" im Unterschied zu bloßem "Bewohnen" fassen. Zunächst sind dafür einfache Voraussetzungen unerlässlich: Wohnraum muß geschaffen werden, der hell, ausreichend groß und kostengünstig beheizbar ist. Verfügen muß er über Bäder, Gemeinschaftsküchen und -essräume. Damit ist ein weiterer Unterschied zum Wohnen in Silos angesprochen: menschenwürdiges Wohnen heißt Wohnen in Gruppen und schließt damit den Bezug auf andere in der unmittelbarsten Lebenssphäre ein. Diese Konzeption mit ihrer gegen den grauen Alltag gerichteten Intention findet ihren Ausdruck in der Schaffung von Räumlichkeiten, die der Kommunikation der Bewohner, besonders gemeinsamer Arbeit dienen. Daneben müssen auch für über den Kreis der Bewohner hinausgehende Gruppen Möglichkeiten entstehen, Kreativität und Phantasie zu entfalten, um nicht ständig auf eine (Kultur)-Konsumhaltung verwiesen zu sein.

Die wesentliche Differenz zum Entkernungskonzept der NH ist damit genannt: Ein solcher Lebensraum kann nur durch ein von den Bewohnern selbst ausgehendes Veränderungskonzept gestaltet werden.

Diese Konzeption schließt eine an die Gruppenprozesse des Hauses angekoppelte Planung ein, so daß die Innenplanung permanent mit den Bedürfnissen der Bewohner korrespondieren wird. Es ist damit ein qualitativ hochwertiges Wohnen auch und gerade im Hinterhof möglich.

Der vorhandene alte Wohnraum wird durch etwa gleich viele Menschen genutzt wie zuvor, jedoch in anderer Aufteilung. Das positive Ergebnis liegt in der besseren Ausnutzung der vorhandenen Fläche bei gleichzeitiger Qualitätsverbesserung.

Notwendig ist dazu jedoch eine völlige Umgestaltung der vier bis fünf Einzelwohnungen pro Etage, die jeweils aus Schlauchklo, Küche und ein bis eineinhalb Zimmern bestanden. Gewonnen wird bei dieser Umgestaltung ein neues zu bewohnendes Zimmer, ein Gemeinschaftsraum pro Etage, möglich wird ein Badeinbau. Durch den Zugewinn von bewohnbaren Zimmern, den Wegfall überzähliger Küchen und Toiletten und durch das Zusammenlegen der Halbzimmer wird trotz großflächiger Funktionsräume kein Wohnraum verschwendet; es findet stattdessen eine Verlagerung der bewohnten Zimmer in die sonnigen, oberen Etagen, der Funktionsräume in die dunklen Stockwerke, insbesondere ins Parterre statt. Somit bleibt das Haus als Hinterhof genutzt, ohne die dem Hinterhof anhängenden Nachteile in Kauf nehmen zu müssen.



Die Aufgänge 2 - 6 werden derzeit von 70 Personen bewohnt. Es handelt sich hierbei um Studenten, Arbeiter, Angestellte und Arbeitslose im Alter zwischen 18 und 38 Jahren. Der Idealverein "Selbstverwaltetes Wohnen e.V." hat im August 1981 in einer seiner Zielsetzung entsprechenden Weise die juristische Vertretung des Hauses übernommen.

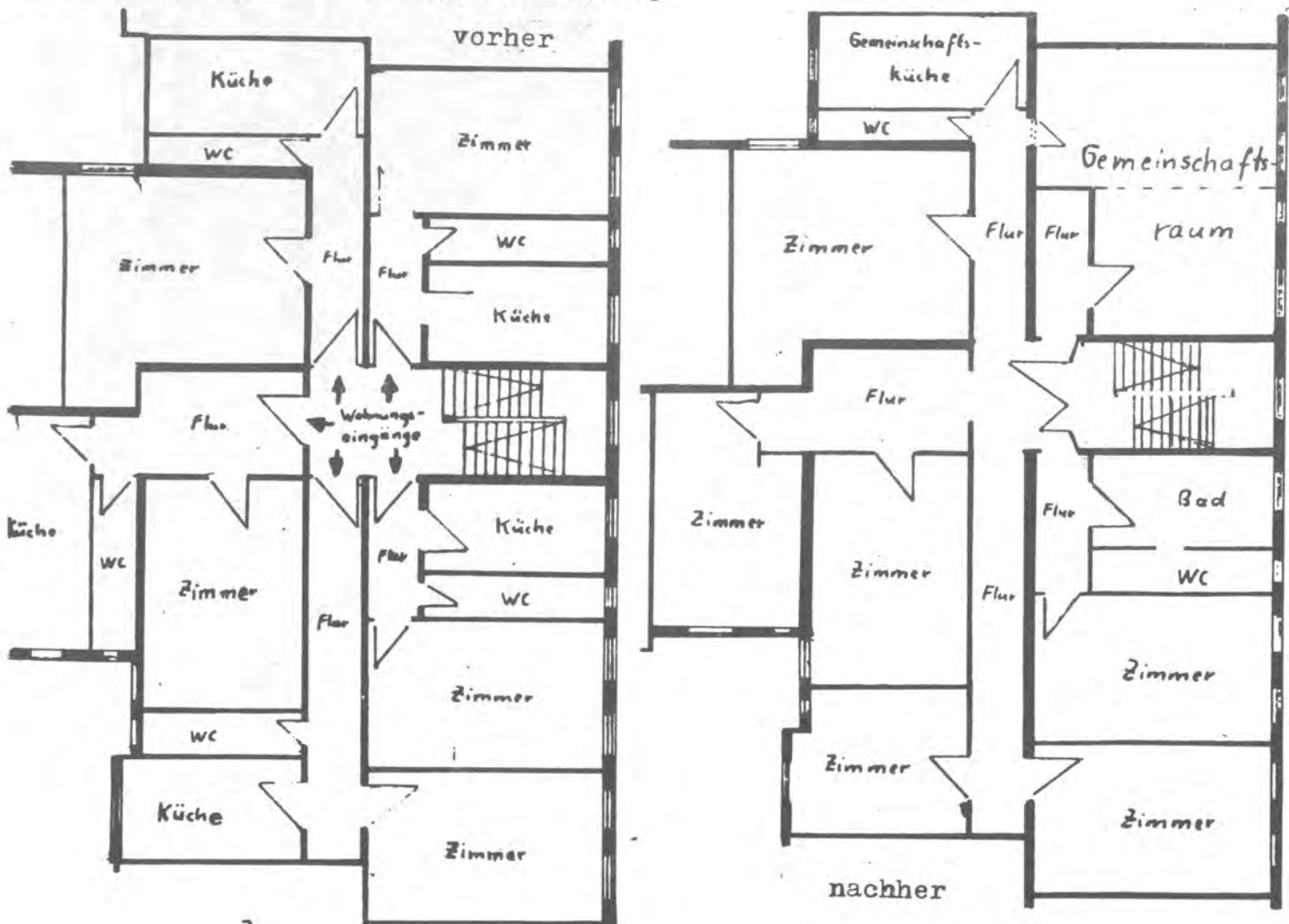
Bülówstr.55

Das Haus Bülówstr.55 besteht aus einem Vorderhaus, vier Seitenflügeln und drei Quergebäuden und hat 3 Hinterhöfe. Es wird von 10 Wohngruppen bewohnt, die das Ziel haben, selbstbestimmt und selbstverwaltet das Haus als billigen Wohnraum zu erhalten.

Das Haus befand sich zur Zeit der Besetzung Aufgangs- bzw. wohnungsweise in sehr unterschiedlichem Zustand. Der Zustand der Bausubstanz reichte von (teilweise bis heute) unbewohnbar verrotteten Etagen bis zu Wohnungen, die der üblicherweise notwendigen Renovierung bedurften. Das überwiegend in Ein- bis Zwei-Zimmerwohnungen aufgeteilte Haus wurde von uns mit großem Aufwand so umgestaltet, daß sich große zusammenhängende Wohnungen ergaben, die den Wohngruppen von unterschiedlicher Größe Einzel- und Gemeinschaftswohnraum sowie andere Gemeinschaftseinrichtungen (Küchen, Bäder, Arbeitsräume) bieten. Arbeitsräume und Werkstätten wurden hauptsächlich in ehemaligen Parterrewohnungen eingerichtet, die wegen meist unzureichender Lichtverhältnisse als Wohnraum ungeeignet erschienen. In den Gewerberäumen des Vorderhauses planen wir ein Café und eine Kindertagesstätte oder eine ähnliche soziale Einrichtung.

Die ehemals als Wohnraum genutzte Fläche des Hauses betrug ungefähr 6500qm. Durch Umwidmung von Parterrewohnungen in Arbeitsräume ergibt sich eine in Zukunft nutzbare Wohnfläche (nach abgeschlossener Instandsetzung) von ca. 5700qm. Dieser Verlust an Wohnraum wird teilweise dadurch wieder aufgewogen, daß ehemalige Küchen und Toiletten in Wohnräume umgewandelt wurden. Schwierig bis unmöglich ist die Einbeziehung langer Flure in Wohnräume. Dadurch geht viel Wohnraum verloren. Genaue Planungen sowie bautechnische Zeichnungen sind inzwischen ausgeführt oder in Arbeit.

Grundlegende Instandsetzungsarbeiten wie Reparatur der Fassade oder des Daches, Trockenlegung der Fundamente, Erneuerung der elektrischen Steigleitungen, der Wassersteige- und Falleitungen sind aus finanziellen Gründen nur dort erfolgt, wo sofort notwendig.





Grundstücksgröße: ca. 800 qm

Bebaute Fläche: Vorderhaus

ca. 60 qm

Linker Seitenflügel ca. 700 qm

Rechter Seitenflügel ca. 400 qm

Im Vorderhaus sind keine größeren Baumaßnahmen notwendig. D.h. auf jeder Etage sind 6 Zimmer, die als Wohnmöglichkeiten genutzt werden. Das ganze Vorderhaus soll für alle Bewohner zugänglich sein, d.h. es sollen keine Etagenwohnungen entstehen. So soll z.B. in der ehemaligen Küche im 2. Stock ein großes Badezimmer entstehen, welches für alle Bewohner offen sein soll. Insgesamt bietet das Vorderhaus also für 24 Personen Wohnraum. Im Hochparterre ist bisher der Arbeits- und Werkraum. Zusätzlich sollen im Hochparterre, teilweise in Verbindung mit dem Kellergeschoß, Möglichkeiten für Projekte, z.B. Cafe, Galerie etc. offengelassen werden. Das Dachgeschoß ist für ähnliche Zwecke bzw. auch als Wohnraum ausbaubar. Für den rechten Seitenflügel müßte ein Bausubstanzguta chten erstellt werden.

Der linke Seitenflügel bietet Wohnraum für ca. 15,20 Personen. Arbeiten die bisher geleistet wurden:

Dach ausgebessert

24 Zimmer renoviert (tapeziert, Kabel unter Putz gelegt, teilweise Parkett abgeschliffen...)

2 Küchen wurden eingerichtet

Im Augenblick wird die Stromversorgung instandgesetzt (neue Steigeleitungen, Etagensicherungskästen usw.) Zusätzlich werden zerstörte Fenster verglast und Rahmen restauriert bzw. erneuert.

Was es noch zu tun gibt:

2 Bäder und eine Küche einrichten,

Keller instandsetzen,

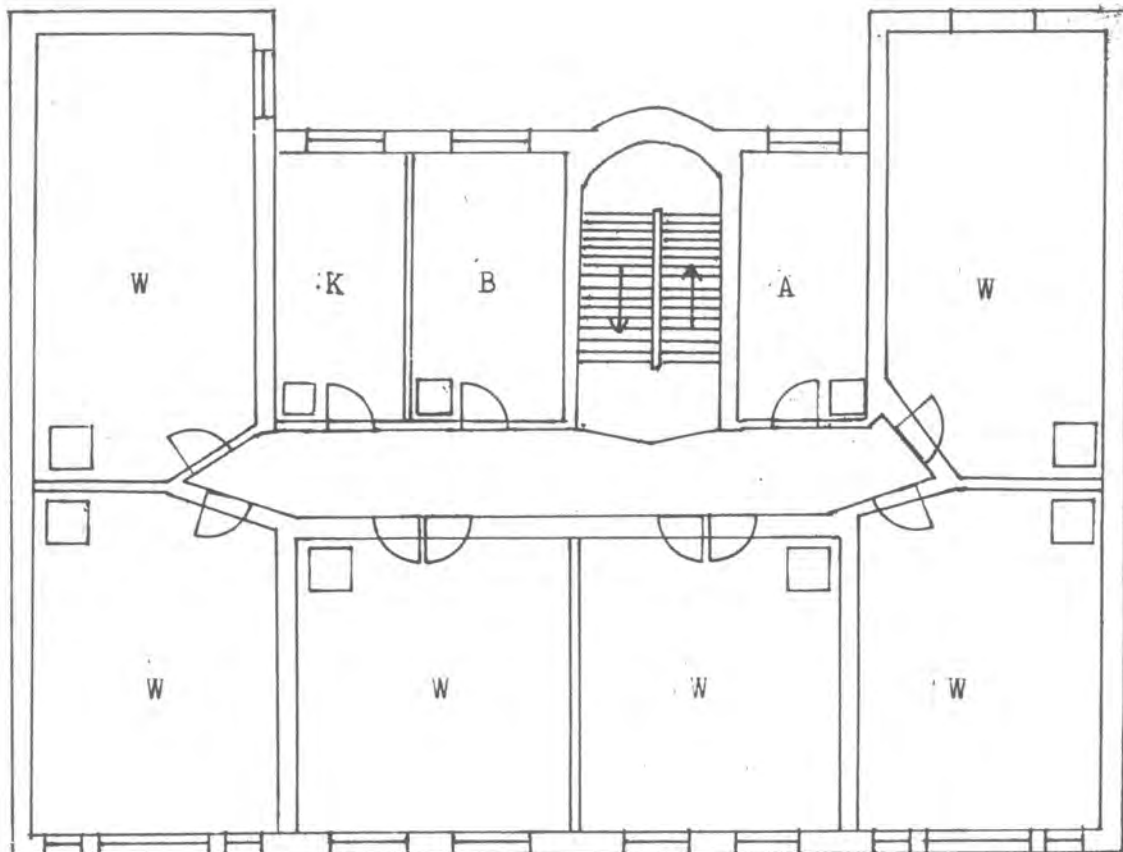
Treppenhaus renovieren,

neue Balken einziehen bei einem Raum welcher Hausschwamm hatte, verputzen.

Dachboden ausbauen,

Fassade verputzen,

Blockcafe aufbauen.



W = Wohnraum

K = Küche

A = Arbeitsraum

B = Bad



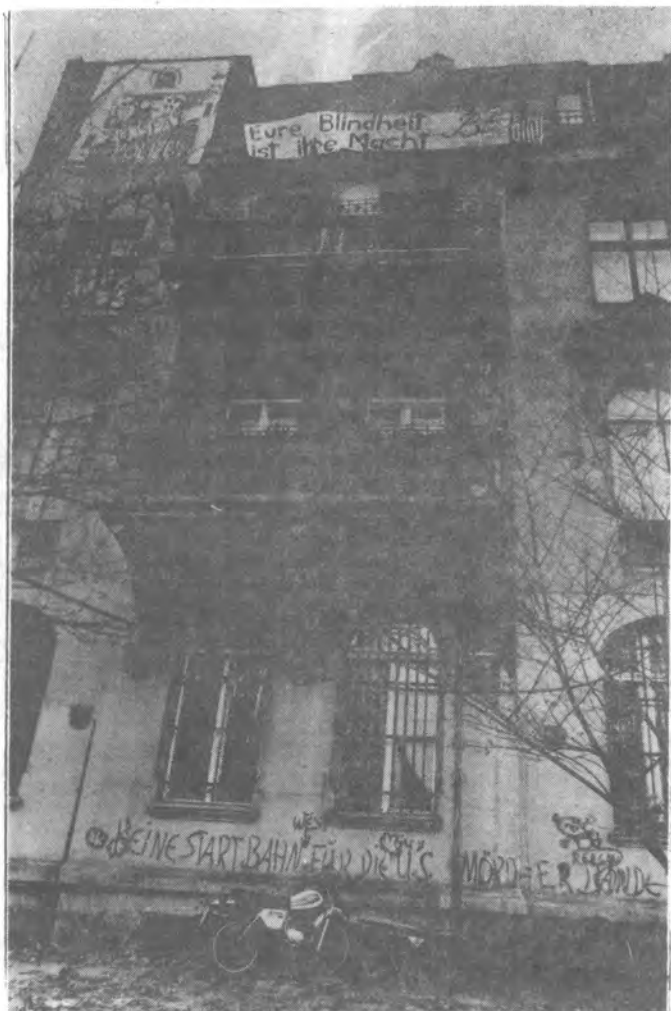
Die Besetzer der Pohlstr.61 verstehen sich als Selbsthilfegruppe. Alle bisher geleisteten Arbeiten, wie Sicherung der Bausubstanz oder die Renovierung der Wohnungen konnten ohne fremde Hilfe durchgeführt werden. Wir sprechen uns ganz entschieden gegen Luxusmodernisierung aus. Gleichzeitig sind wir Teil der Besetzerbewegung daraus folgt, daß wir nicht bereit sind, Einzelverträge ohne eine politische Gesamtlösung abzuschließen.

Da die Besetzer angesichts der frapierenden Wohnungsnot in Berlin davon ausgehen, vorhandene gute Wohnsubstanz zu schützen, sollen die beiden Seitenflügel der Pohlstr.61 ebenfalls bestehen bleiben. Der linke Seitenflügel ist bewohnt und teilweise instandgesetzt. Die Planung des Sanierungsgebietes Block 242 (Pohl-, Dennwitz-, Kurfürsten- und Potsdamerstr.) basiert noch auf der Grundlage des Planungsstandes, in dem die Pohlstr. Zubringer zur Westtangente werden sollte. Mittlerweile ist jedoch das Projekt Westtangente gestorben und sind andere Planungsvoraussetzungen geschaffen. Trotzdem gehen die Beteiligten (NH, Senat...) noch von dem alten Konzept aus. Eine Orientierung an den neuen Gegebenheiten findet nicht statt.

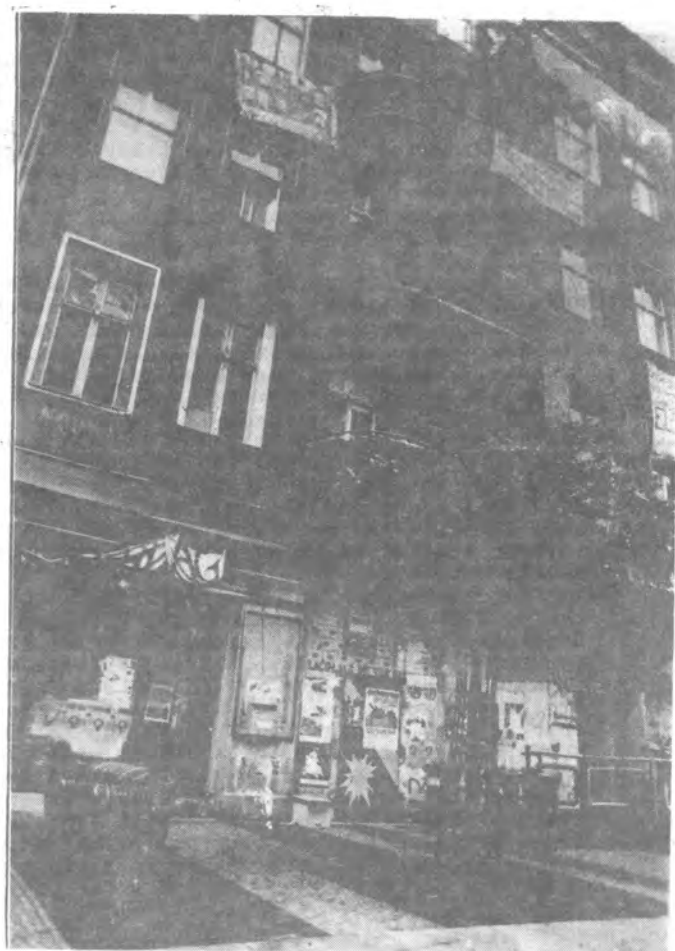
Außerdem kann bei dem Planungsvorhaben Block 242 festgestellt werden, wie ohne jegliche Beteiligung der im Block Wohnenden geplant und nicht mehr zu ändernde Sachzwänge geschaffen werden. Dabei wäre es durchaus möglich, unter Einbeziehung der Vorstellungen der Anwohner und Besetzer auf dem unbebauten Grundstück Pohlstr. 63 qualitativ hochwertigen und bewohnergerechten Wohnraum zu schaffen. Einer öffentlichen Durchwegung oder einer Vermischung der Grundstücke Pohlstr. 61 u. 63 stimmen die Besetzer deswegen nicht zu, weil der Durchgang überflüssig ist, da der entstehende Park ebenso leicht durch den Haupteingang des Gebäudes Pohlstr. 43 zu erreichen ist. Das Vorangegangene verdeutlicht, daß der Senat kein Interesse an der Erhaltung von wertvollem Altbaubestand hat, sondern mit viel Geld Neubauten subventioniert. Mit der Folge, daß preiswerter Wohnraum vernichtet wird. Die derzeitigen Bewohner der Pohlstr.61 streben eine funktionierende Hausgemeinschaft an. Dazu

bietet die Pohlstr.61 22 Personen auf ca. 700qm Wohnraum. Im Vorderhaus und linken Seitenflügel sind ehemals 3 Wohnungen pro Etage mittels Durchbrüchen zur Großwohnung für 7 Leute erweitert worden. In jeder Etage sind 7 Wohnräume, 1 Gemeinschaftsraum mit Küche, 1-2 Bäder; im linken Seitenflügel, 4. Etage, ist eine 12 Zimmer-Wohnung. Jede WG verfügt über einen Gemeinschaftsraum; somit haben die WG-Mitglieder einen größeren Raum zum gemeinsamen Kochen, Essen, Diskutieren, und Arbeiten, als auch durch die Aufhebung der Wohnform in Kleinstgruppen (2-3 Personen) mehr Wohnraum geschaffen wird. Groß-WGs erfordern von jedem einzelnen mehr Toleranz und Engagement, doch halten wir das Erlernen von Lebensformen mit vielen Menschen für wichtig.

Die Trennung in WGs erscheint uns bezüglich der im Haushalt anfallenden Arbeiten für sinnvoll. Die Bewag-Gasag-Lebensmittel-Telefon-Abrechnung wird WG-intern gelöst, ebenso die notwendigen Arbeiten, wie z.B. putzen und einkaufen. Die Keller- und Dachräume sollen gemeinsam auf vielfältige Art und Weise genutzt werden: Werkräume, Fotolabor, Aktionsräume, Musikzimmer, etc. Die Instandsetzung des Hauses wird durch die ganze Gruppe erfolgen. Eine gemeinsame Materialkasse an der alle Bewohner mit gleichem Betrag beteiligt sind, stellt die finanzielle Basis dar. Die Instandsetzung und Nutzung der Gewerberäume wird von Gruppen getragen, die keine personelle Übereinstimmung mit den Hausbewohnern haben müssen, jedoch eine enge Zusammenarbeit ermöglichen. Die ehemalige Kneipe, der Kneipenkeller werden vom BBB (Bert-Brecht-Bildungswerk) genutzt. Die Eröffnungsveranstaltung hat stattgefunden. Die ehemaligen Ladenräume werden von einer Projektgruppe der Technischen Universität Berlin, Fachbereich Architektur, instandgesetzt. Diese Arbeitsgruppe setzt sich mit neuen Formen von Wohnungsbau und Stadtteilplanung auseinander. Um dieses Ziel zu verwirklichen, sind Räumlichkeiten notwendig, um genügend Platz zum ungestörten und eigenständigen Arbeiten zu haben. Dazu gehören Lagerstätten für Werkzeuge, Baustoffe... und Archivierung der angesammelten Materialien. Zudem ist die Pohlstraße durch ihre Lage in einem Sanierungsgebiet prädestiniert für eine praxisorientierte Arbeit im Bereich Wohnungsbau und Stadtteilplanung.



Goebenstr. 8



Subkulturelle Themenbibliothek
im KuKuCK

UBI
KUKU

Anhalter Str. 7 - 1000 Berlin 61

Potsdamer Str. 130

Das Haus wurde am 6.2.1981 als 50. Berliner Haus besetzt, nachdem es 17 Monate leer stand.

Die Neue Heimat plante eine Luxusmodernisierung, deren Finanzierung im Herbst 1980 zusammengebrochen ist: Die 8 sechszimmerwohnungen des Hauses sollten in 12 vierzimmerwohnungen umgewandelt werden. Die Kosten, knapp 2 Mio.Dm hätten 89% der Kosten für einen vergleichbaren Neubau betragen. 7 der Wohnungen werden im Moment von 34 Leuten bewohnt. Die 8. dient einem Kinderladen als Tagesstätte. Dort werden zehn 1 - 1 1/2-jährige Kinder betreut..

Außerdem gibt es im Keller diverse Werkstätten (Holz/Schlosser) und einen Musikraum.

Wir leben im Haus als Hausgemeinschaft mit etagenübergreifenden Küchen und Gemeinschaftszimmern

Steinmetzstr. 21

Dennewitzstr. 24 A

Wohnfläche: 412qm in 4 Etagen u. 2 Ladenräume
bei 157qm bebauter Grundfläche
Grundstücksgröße: 1312qm

- ca. 100 qm sind noch nicht bewohnbar, da Fenster und Rahmen fehlen oder die Räume nicht beheizbar sind.

Das Haus besteht aus 17,5 Räumen sowie zwei Ladenräumen, wovon z.Zt. 16 als Wohnräume genutzt werden; ein kleines Bad und 1,5 Zimmer als Küchen und drei Toiletten.

Die Anzahl der Bewohner beträgt 14.

Zukünftige Planung:

- Instandsetzung und Ausbau von Dach, Dachstuhl und -boden, um ihn für Wohn- und Arbeitszwecke nutzen zu können

- Instandsetzung und Kultivierung des Gartens ökologischer Gemüseanbau; Projekt für Kinder, das deren Verständnis für Natur und Pflanzen verbessern soll

Bauliche Veränderungen in großem Rahmen wie Durchbrüche und Grundrißveränderungen sind innerhalb unserer Planung nicht erforderlich. Nach Abschluß der Baumaßnahmen und Instandsetzungen sollen in unserem Haus 14 Menschen wohnen können, wobei jedem Bewohner ein Wohnraum in der Größe von 30 - 35qm zur Verfügung steht sowie 1 - 2 Küchen, 1 Gemeinschaftsraum und 1 Bad.



Potsdamer Str. 157 / 159

Die beiden Häuser Potsdamerstr. 157 u. 159 sind seit Ende März 81 besetzt. Mit den beiden eingeschossigen Seitenflügeln und zweigeschossigen Hinterhäusern sowie dem davon eingeschlossenen Innenhof wird eine bauliche und wohnliche Einheit gebildet, d.h. der gesamte Komplex wird von einer Gruppe bewohnt. Das gesamte Erdgeschoß ist Gewerberaum, wobei sich in der 159 eine vermietete Apotheke befindet. In der 157 befindet sich die von uns betriebene Programm-kneipe KOB. Die Wohnfläche in den beiden Häusern beträgt ca. 1400qm.

In den anderthalb Jahren sind von uns alle Räume bis auf wenige Ausnahmen wieder bewohnbar gemacht worden. Unsere Planung ist auf 35 Bewohner ausgelegt, im Moment wohnen 30 Leute im Haus. Geplant ist eine Grundinstandsetzung, sowie die Erneuerung der techn. Anlagen (Strom und Wasser). Bisher haben wir die kompletten Seitenflügel und Hinterhäuser überdacht und die Wasserleitung in der 157 erneuert. Die Elektrik ist in beiden Häusern bis auf die Steigeleitungen und die Hauptverteilungen im Keller weitgehend fertiggestellt. Langfristig ist ein Ausbau der Dachgeschosse der Vorderhäuser geplant.

An Projekten haben wir unsere Veranstaltungskneipe KOB, wo wir bekannten und unbekannten Leuten Auftrittsmöglichkeiten für Musik, Theater und Literatur bieten. In der 157 wurde in Zusammenarbeit mit der TU von den Bewohnern eine Wassersparanlage gebaut, die im Moment erprobt wird. Einige Leute bauen aus Abrißhäusern Kachelöfen ab, die bei uns wieder aufgebaut werden, da in den Häusern fast alle Öfen zerstört waren. Außerdem sind wir seit Frühjahr dabei, den Hof, der durch den Abriß eines Hofkellers einer Baugrube gleich, durch die Anlage von Terrassen wieder zu begrünen.



In der Blumenthalstr. sind seit Februar 81 drei Vorderhäuser mit insgesamt 4 Seitenflügeln besetzt. Zum Haus Nr. 13 gehört außerdem eine kleine Fabrik. Die Neue Heimat plante den Abriß sämtlicher Seitenflügel und Luxusmodernisierung in den Vorderhäusern. Sowohl durch den Abriß als auch durch die Modernisierung wäre billiger Wohnraum vernichtet worden.

Nach Aussagen ehemaliger Mieter sollten die Mieten nach einer Modernisierung ca. 3 mal so hoch werden, auch das noch subventioniert durch den Steuerzahler.

Der ehemaligen Sanierungsträgerin NH waren die Häuser nicht eben viel wert. Das beweist z.B. der im Erdgeschoß und im Keller der Nr. 15 wuchernde Schwamm. Das war dann auch für die Besetzer das größte Problem: Böden und Balken mußten herausgerissen, Putz abgeschlagen werden und mit aggressiven Chemikalien behandelt werden. Mittlerweile ist der größte Teil bereits erneuert, die Treppe bis zum ersten Absatz neu errichtet.

Neben nötigen Entrümpelungsaktionen sind die Dächer in der Nr. 13+14 ein weiteres Problem. Da die nötigen Gelder fehlen, wurden die Dächer bisher notdürftig geflickt, auf Dauer müssen sie jedoch erneuert werden. Wir sind jetzt seit über 1 1/2 Jahren dabei, die Häuser bewohnbar zu machen, bzw. zu erhalten. Dazu gehören Innenarbeiten wie z.B. Elektroarbeiten, Tapezieren und Streichen, Verputzen, beschädigte Balken und Böden auswechseln, Fenster abdichten und verglasen...

Teilweise haben wir auch unsere Außenfassaden neu gestrichen.

Was wir mit den Häusern weiterhin wollen:

1. Verbesserung der Energiebilanz. Dazu gehört: Isolierung der Fenster, Instandsetzung von Türen und Fenstern, Einbau von Doppelfenstern, Fassadenbegrünung, Dachdecken, Bau eines Sonnenkollektors auf dem Dach und die Einsparung von Energie durch gemeinsame Nutzung von Haushaltsgeräten und Badezimmern.

2. Langfristig wollen wir eine Verbesserung der Wohnqualität erreichen durch Veränderung der Wohnungsschnitte um größeren Wohngemeinschaften gemeinsame Nutzung von Treppenhaus, Dach und Keller zu ermöglichen. Die Höfe sind zum größten Teil bereits begrünt. Nr. 14+15 nutzen ihre Höfe seit dem Einreißen der Trennmauer gemeinsam. Die Höfe werden im Sommer vielfältig genutzt: zum gemeinsamen Essen, für Tischtennis, Volleyball, etc.

3. Verbesserung der Lebensqualität im Kiez: Einrichtung einer Spielstraße in der Blumenthalstr., d.h. mehr Spielmöglichkeiten für die Kinder und Ausdehnung unseres Lebensbereiches über die Haustüre hinaus, mehr Kontakte zu den Nachbarn schaffen. Unsere Kontakte im Kiez wollen wir auch mit der Eröffnung eines Cafés oder Stadtteilladens weiter ausbauen, wo wir Gruppen und Initiativen Räume zur Verfügung stellen und wo man/frau auch einfach nur eine Tasse Kaffee trinken können.



In der Fabrik der Nr. 13 existiert ein Kino. Die Fabrik wird außerdem als Fachbereichszentrum der Umwelttechniker der TU genutzt. Außerdem befindet sich hier eine Autowerkstatt. Nr. 14 +15 wollen eine Motorradwerkstatt einrichten, die teilweise schon existiert.

